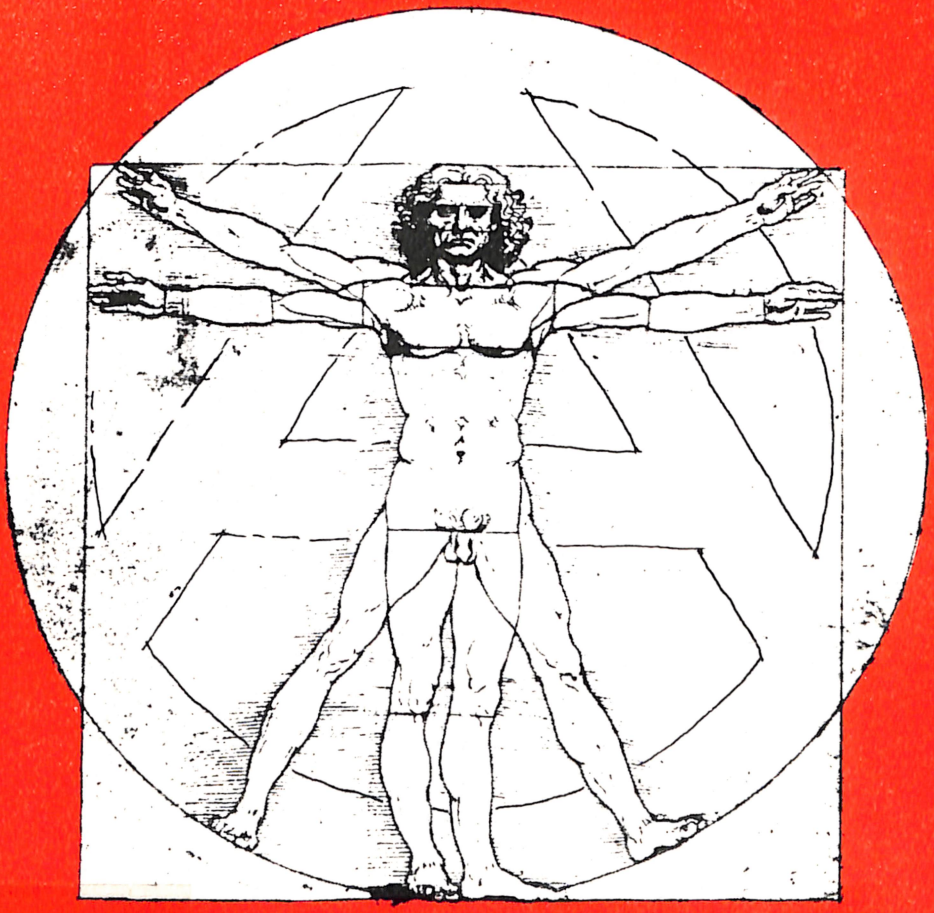
Gruppi Anarchici Federati /GAF: Ein anarchistisches Programm

Libertad Verlag
Berlin



W/AP

anarchistische texte 31

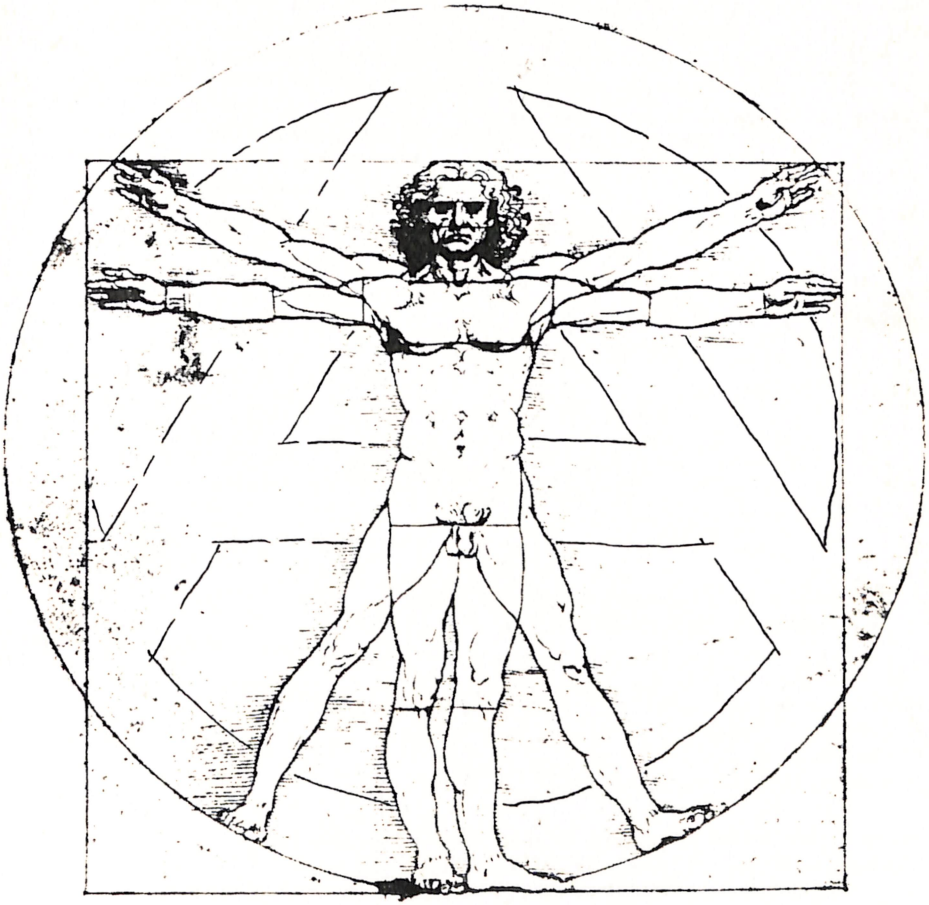
Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

Gruppi Anarchici Federati / GAF

Ein anarchistisches Programm

anarchistische texte 31

Libertad Verlag
Berlin



anarchistische texte ist eine seit 1976 erscheinende Heftreihe, die dem Leser die Möglichkeit geben will, sich mit der historischen Entwicklung und den verschiedenen theoretischen Strömungen des Anarchismus vertraut zu machen. In zwei aneinanderknüpfenden Editionen wurden bisher schwerpunktmäßig folgende Themengebiete behandelt:

I. PHILOSOPHIE UND THEORIE DES ANARCHISMUS
(anarchistische texte Nr. 1-14)
II. PRAXIS UND BEWEGUNG DES ANARCHISMUS
(anarchistische texte Nr. 15-29)

In Anlehnung, Fortsetzung und Ergänzung der ersten beiden Editionen wird die inhaltlich erweiterte **III. Edition** der **anarchistischen texte** ab Nr. 30 sowohl theoretische als auch praxisorientierte Themen, historische ebenso wie aktuelle Schriften umfassen.

1. Auflage; deutsche Erstausgabe
1.-2. Tausend, West-Berlin 1984

(c) by:
Libertad Verlag Berlin
- Jochen Schmück -
Postafch 440 227
D - 1000 Berlin-Neukölln 44

Druck: Contrast Satz und Druck, Berlin-Schöneberg
Bindung: Jürgen Villwock, Berlin-Tempelhof
Umschlaggestalung: Daniel Birk

INHALT

Paolo Finzi:
VORWORT 5

EINLEITUNG 9

PROGRAMM DER GRUPPI ANARCHICI FEDERATI / GAF 10

1. Der Anarchismus 10
2. Die Anarchie 10
3. Die hierarchische Gesellschaft 11
4. Der Klassenkampf 12
5. Arten der Interpretation 13
6. Die drei Klassen 14
7. Die neuen Bosse 15
8. Aktiengesellschaften und multinationale Konzerne 17
9. Der spätkapitalistische Staat 17
10. Die nachkapitalistischen Gesellschaften 19
11. Die dritte Welt 22
12. Italien: Die Wirtschaftsstrukturen 23
13. Italien: Die Klassenstrukturen 26
14. Italien: Politik und Institutionen 28
15. Der lange Marsch der PCI 29
16. Links von der PCI 31
17. Die revolutionäre Entscheidung 32
18. Klassenkampf und Revolution 33
19. Die libertäre Revolution 35
20. Mittel und Ziele 36
21. Die anarchistische Bewegung 38
22. Gruppen und Föderationen 39
23. Die libertäre Bewegung 40
24. Die libertären Organisationen 40
25. Der Anarchosyndikalismus 41
26. Die kulturelle Präsenz 43
27. Gewalt und bewaffneter Kampf 44
28. Der internationale Aspekt 45
29. Gegen die Geschichte - eine Schlußbetrachtung 46

DIE ORGANISATION DER GAF 48

Föderative Übereinkunft der Gruppi Anarchici Federati / GAF... 49

Hans-Ulrich Dillmann:
NACHWORT 51

Texthinweis:

Der vorliegende Text ist die deutsche Erstveröffentlichung der von den **GAF** im Frühjahr 1976 verabschiedeten Grundsatzerklärung. Sie wurde im Herbst 1977 in Turin von der **Edizioni des Centro di Documentazione Anarchica** unter dem Titel **Un programma anarchico** herausgegeben. Parallel zur italienischen Erstveröffentlichung erfolgte ebenfalls in Turin die Veröffentlichung des GAF-Programms in englischer und französischer Übersetzung, der inzwischen zahlreiche weitere Übersetzungen in anderen Sprachen folgten.

Die deutsche Übersetzung aus dem Italienischen besorgte ein Übersetzer(innen)kollektiv. Die Broschüre wäre nicht ohne die freundliche Unterstützung von Bernhard und Sybille, Inge, Jürgen und Martin zustandegekommen, denen wir an dieser Stelle herzlich danken möchten; d.Hg.

VORWORT

Das folgende **anarchistische Programm** wurde auf einer Versammlung der **Gruppi Anarchici Federati / GAF** (Vereinigte Anarchistische Gruppen) im März 1976 verabschiedet und im Herbst 1977 - einige Monate vor der letzten Versammlung der GAF im Januar 1978, auf der sie sich endgültig zur Auflösung entschlossen - als Broschüre herausgegeben.

Als dieses Programm veröffentlicht wurde, existierten die GAF schon circa zehn Jahre: Mitte der 60er Jahre wurden die **Gruppi Giovanili Anarchici Federati / GGAF** (Vereinigte anarchistische Jugendgruppen) gegründet, die sich nach einer kurzen aber sehr aktiven Periode bald wieder auflösten und erst Ende der 60er Jahre als GAF wieder neue Kraft gewannen. Bis weit in die 70er Jahre hinein bildeten sie einen konkreten Orientierungspunkt für die anarchistische Bewegung nicht nur in Italien. Das Programm erschien in einer Endphase militanter Erfahrungen der GAF; womit nicht gesagt sein soll, daß die GAF vor der Ausarbeitung und Verabschiedung ihres Programms keine theoretischen Grundlagen und konkreten Organisationsformen gehabt hätten.

Einer der fundamentalen Gründe, der in der zweiten Hälfte der 60er Jahre den Anstoß zur Gründung einer kleinen Föderation, nämliche der GGAF gaben, ging von den Militanten der anarchistischen Gruppen Süditaliens aus. Diese traten gegen Ende der 60er Jahre der **Federazione Anarchica Italiana / FAI** (Anarchistische Föderation Italiens) bei, die um 1945 gegründet wurde und um die sich 20 Jahre lang die gesamte anarchistische Bewegung Italiens gruppierte. Anschließend wechselten sie über zu den **Gruppi d'Iniziativa Anarchica / GIA** (anarchistische Initiativ-Gruppen), die gegen 1965 aus einer abrupten Trennung der FAI und anderen militanten Gruppen entstanden waren und sich vorwiegend aus Altgenossen zusammensetzten, die nicht mit den von der FAI auf einem Kongreß beschlossenen Organisationsstrukturen einverstanden waren.

Seit ihrer Gründung wurden die GGAF und später auch die GAF von dem Willen getragen, das ideologische Gedankengut und die Geschichte des Anarchismus aufzuarbeiten. Diese Themen, die die Werte und Positionen einer Bewegung kennzeichnen, bildeten ihre konstituierenden und charakteristischen Wesensmerkmale. Die Ergebnisse dieser von ihnen geleisteten Arbeit, ihre Vertiefung und kulturelle Aufbereitung des Anarchismus sind noch heute, wenn auch in anderer Form, aktuell.

Was die militanten Aktionen in der Enstehungsphase der GAF betrifft, so waren das Jahre des Feuers: 1968 das Wiederentdecken der Selbstverwaltung, die schwarze und schwarz-rote Fahne im Geleit der Studenten und Arbeiter, der heiße Herbst '69, das Blutbad auf der Piazza Fontana, die Ermordung von Guiseppe Pinelli

(Dezember 1969), die Verleumdungskampagnen der bürgerlichen Presse und des Staates, die harten Kämpfe gegen die anti-anarchistische Repression, die „große Hoffnung" und die ersten großen Enttäuschungen, der fortschreitende Niedergang der **contestazione** (Jugendrebellion), das Erleben des bewaffneten Kampfes, die vorgezogenen Wahlen der Kommunistischen Partei im Jahre 1976 und als letztes großes Aufflammen der Jugendaufstand von 1977.

Es waren wie gesagt Jahre des Feuers, in denen die anarchistische Bewegung ein numerisches Wachstum als Spätfolge der 68er Bewegung verzeichnen konnte, aber auch mit vielen Schwierigkeiten im Innern und Äußern zu kämpfen hatte. Es gab Tausende von ungelösten Problemen und Unsicherheiten (die man sich oft nicht einmal selbst eingestand), die der Diskussion bedurft hätten. Aufgrund ungenügend vertiefter Debatten begnügte man sich häufig mit dem reinen „Argumentieren" und mit der Rolle des **fünften Rades** innerhalb anderer revolutionärer Bewegungen.

Der Einfluß der GAF, der durch den großen Eifer auf militantem Gebiet möglich wurde, eröffnete ihnen den Zugang zu vielen anderen Bereichen. Der Aufbau von Propagandainitiativen, die Entwicklung von Widerstandsbereitschaft usw. sind Zeugnis für diese rege Aktivität. Aufgrund ihrer „Philosophie" wurde keine Initiative direkt von den GAF organisiert, wodurch sie zwar eine Stärkung der eigenen Organisation verhinderten, jedoch den einzelnen Initiativen ihre Autonomie garantierten. Man schuf aber Begegnungsstätten, in denen die Gruppen auf der Grundlage ihres gemeinsamen ideologischen Gedankenguts zusammenarbeiteten. Diese Form der Zusammenarbeit erlaubte ein „Überspringen" der üblichen (bürokratischen und einengenden) Probleme, die solchen Initiativen häufig jegliches Leben rauben.

In den Jahren zwischen 1969 und 1972 beschäftigte sich die **Crocenera Anarchica** (anarchistische Gefangenenhilfsorganisation **Schwarzes Kreuz**) in Zusammenarbeit mit ähnlichen Gruppierungen in anderen Ländern mit der juristischen Verteidigung von Genossen bei politischen Strafprozessen sowie allgemein mit der Schaffung von Gegenöffentlichkeit. Besonders in jenen Jahren wurde der propagandistisch-repressive Druck des Staates immer stärker. Unter den Mitbegründern der Crocenera Anarchica befand sich auch **Guiseppe Pinelli**, ein Bahnangestellter, der sich als Anarchist schon in seiner Jugend am antifaschistischen Widerstandskampf beteiligt hatte. Er, der ein Militanter der Gruppe **Bandiera Nera** (Schwarzes Banner) war, wurde in der Nacht vom 15. auf den 16. Dezember 1969 (während eines Verhörs) aus einem Fenster des vierten Stocks eines Mailänder Polizeireviers gestoßen.

Die umfangreichste Darstellung dieses Vorfalls und seiner Hintergründe wurde in der **Rivista Anarchica** unter dem Titel „Die Stellungnahme der GAF" veröffentlicht. Diese Zeitschrift wurde 1971 mit dem erklärten Ziel gegründet, eine in ihrer lebendigen Aufmachung und Graphik „neue" anarchistische Publikation zu sein,

die als ein Instrument sowohl der Reflexion als auch des Kampfes dienen sollte. Der inhaltliche Schwerpunkt der Rivista Anarchica lag und liegt einerseits auf der anarchistischen Bewegung, andererseits war und ist sie jedoch auch offen für andere Themen (Selbstverwaltung, Anti-Militarismus, Feminismus usw.). Seitdem erscheint die Rivista Anarchica regelmäßig in einer monatlichen Auflage von 10 000 Exemplaren. (Nähere Informationen zu dieser auch international wichtigen anarchistischen Zeitschrift sowie zu ihren Herausgebern finden sich in: **Schwarzer Faden** Nr. 11, 2. Jg. <1983>, d.Hg.)

Anfang der 70er Jahre trugen die Gruppen der GAF wesentlich zur Koordinierung der anarchistischen Aktivitäten in den Regionen Lombardei, Venetien und Piemont bei. Sie regten die Bildung von regionalen Organisationen an, die für verschiedene Strömungen in der Bewegung offen waren. Ihr Hauptziel war die Koordinierung und Verbesserung der Resultate dieser regionalen Initiativen.

1974 entfalteten die GAF gemeinsam mit den spanischen Anarchisten durch die Gründung des **Comitato Spagna Libertaria** (Komitee Freies Spanien) eine breite Solidaritätskampagne zugunsten der spanischen Bewegung. Diese Kampagne fand ihren Ausdruck in Hunderten von Treffen und Veranstaltungen, in den Vorführungen des Films „Spanien 1936: Ein Volk in Waffen", in den nationalen Unterschriftenaktionen für das Organ der spanischen CNT **Solidaridad Obrera** usw. Im selben Jahr erschien erstmals die viersprachige Zeitschrift **Interrogations**, für deren italienische Redaktion Genossen der GAF zuständig waren.

1975 begann die Umstrukturierung der **Edizioni Antistato**; der Verlag wurde nach einem Vierteljahrhundert von Pio Turroni und anderen, inzwischen alten Genossen übernommen. Im selben Zeitraum wurde in Mailand das **Centro Studi Libertari - G. Pinelli** gegründet. Seine Aufgabe ist die Archivierung von Büchern, Zeitschriften, Microfilmen und anderen Dokumenten zur Theorie und Geschichte des Anarchismus. Weiterhin fördert es neue Studien und organisiert vor allem internationale Studientreffen zu bestimmten Themen, die inzwischen zu einer regelmäßigen Einrichtung im internationalen Anarchismus wurden. Das erste Treffen fand 1976 in Venedig statt und war dem Gedenken an Bakunins 100. Todestag gewidmet. Ebenfalls 1976 wurde das **Centro di Documentazione Anarchica** in Turin eröffnet. Es bietet eine Anzahl von Büchern, Adressen, Katalogen sowie eine Analyse der internationalen libertären Presse an und gibt ein Bulletin heraus.

Diese Gesamtdarstellung aller wichtigen Initiativen, die von den GAF ausgingen, vermittelt nur eine ungefähre Vorstellung von der Lebendigkeit und den konkreten Erfahrungen der letzten Jahre. Bemerkenswerter ist jedoch die Tatsache, daß die Auflösung der GAF nicht das Ende all dieser Initiativen bedeutete. Eine gute Aussaat braucht ihre Zeit zum Keimen, um dann eines Tages zu blühen und schließlich Früchte hervorzubringen. Das Ende einer losen

Verbindung zwischen Gruppen und Genossen (wie sie von den GAF ins Leben gerufen wurde) bedeutete nicht das Ende ihrer Aktivitäten. Das verbindende Element in den einzelnen Gruppen und unter ihnen bleiben die gemeinsamen Erfahrungen und der Wunsch nach einem stetigen „Vorwärtsschreiten". Auch wenn die GAF formal schon seit Jahren tot sind, lebt ihr Kampf und ihre theoretische Arbeit in den Aktivitäten und Initiativen ihrer ehemaligen Genossen und Gruppen weiter.

Die große geistige, ethische und politische Schlacht, der Widerstand gegen die Mythologisierung des bewaffneten Kampfes (ein Phänomen, das in Italien ein im Vergleich zu anderen westlichen Ländern einschließlich der BRD bisher nie erreichtes Ausmaß und Erscheinungsbild erlangte) hat z.B. eine große Bedeutung in der Geschichte des italienischen Anarchismus.

Die Erfahrungen der GAF realisieren sich einerseits in dem Widerspruch zwischen den starken Spannungen der Ideale und der Ethik des Anarchismus und andererseits in dem starken Willen, sich konkret auf die soziale Realität zu beziehen. Eine gründliche Analyse dieses Widerspruchs ist längst überfällig. Nichtsdestotrotz ist es zu begrüßen, daß sich diese deutsche Übersetzung jetzt zu den bereits erschienenen englischen, katalanischen, französischen, griechischen und chinesischen Übersetzungen gesellt. Und in der Tat enthält das Programm der GAF, auch wenn es in die soziopolitische Realität Italiens Mitte der 70er Jahre eingebunden ist, Elemente der Reflexion und der Analyse, die international von Interesse sind. Warum ist der Gegensatz zwischen Autorität und Freiheit ein weltweites Phänomen? Weil der Anarchismus eine universelle Erscheinung ist.

Paolo Finzi **Mailand im Sommer 1984**

EINLEITUNG

Die **Gruppi Anarchici Federati / GAF**, die Vereinigten (bzw. föderierten) anarchistischen Gruppen, sind die kleinste und jüngste der drei nationalen Föderationen der italienischen anarchistischen Bewegung. Mit der Veröffentlichung unseres Programms wollen wir uns erstens auf internationaler Ebene vorstellen und andere Gruppen mit unseren Analysen und Interpretationen sowie mit unseren Ideen zur Organisationsfrage bekanntmachen. Zweitens wollen wir durch unser Beispiel andere anarchistische Föderationen und Organisationen anregen, dasselbe zu tun.

Trotz unseres grundsätzlichen Internationalismus ist die Zirkulation von Informationen und Ideen auf internationaler Ebene immer noch zu gering und mit zu großen Schwierigkeiten verbunden, und das genau zu einer Zeit, in der alles, was wir bekämpfen, zunehmend einen internationalen Charakter annimmt.

Das folgende Programm ist nicht **das**, sondern **ein** anarchistisches Programm, welches die GAF auf ihrer Versammlung vom 20. bis 21. März 1976 verabschiedet haben.

Dieses Programm kann als das Ergebnis eines zehnjährigen Erfahrungs- und Diskussionsprozesses angesehen werden. In ihm kommt nur **eine** schematische Form der Interpretation des heutigen Anarchismus in Italien und der sozioökonomischen Realität zum Ausdruck, wenngleich manche theoretischen Voraussetzungen sowie einige allgemeinere Aspekte der Analyse sicherlich nicht nur in Italien und für die Gegenwart gültig sind.

Einige grundlegende Prinzipien wie beispielsweise die Untrennbarkeit von **Freiheit** und **Gleichheit** sowie von **Mittel** und **Zweck** usw. sind das theoretische und historische Erbe des gesamten Anarchismus. Sie sind nicht an besondere Situationen oder Überzeugungen gebunden, sondern sind allen anarchistischen Interpretationen gemeinsam und damit auch in diesem Programm vertreten.

Das Programm hat aufgrund seiner Entstehungsgeschichte einen bewußt **offenen** Charakter, offen nicht nur für Veränderungen und Korrekturen seiner Analysen, sondern es ist auch offen für neue Ideen und Modifikationen hinsichtlich neuer Experimente und Erfahrungen in der Praxis. Daher muß dieses Programm, das auch den Charakter der GAF reflektiert, einer ständigen Überprüfung unterzogen und von Zeit zu Zeit bestätigt oder korrigiert werden.

Turin, 1. Mai 1977

PROGRAMM DER GRUPPI ANARCHICI FEDERATI / GAF

1. Der Anarchismus

Der Anarchismus ist erstens ein Wertsystem. Zweitens beinhaltet er den Wunsch, eine praktische Umsetzung dieser Werte innerhalb eines Gesellschaftssystems so vollständig wie möglich zustande zu bringen. Drittens stellt er eine Möglichkeit dar, sich der gesellschaftlichen Realität anzunähern, um sie zu verstehen, zu deuten und zu verändern. Der Anarchismus ist also zugleich Ethik, Wissenschaft und revolutionäres Programm: die Ethik der Freiheit, die Wissenschaft von der Freiheit und das Programm der Freiheit.

Nach einem Jahrhundert libertärer Ideen und Kämpfe sowie Theorie und Praxis ist natürlich die schematische Unterscheidung zwischen diesen drei Aspekten des Anarchismus nur eine Methode, um zu einer Gesamtdarstellung zu gelangen. Sie darf dagegen keine metaphysische Ableitung der Doktrin von abstrakten Ideen über die soziale Gerechtigkeit darstellen. Faktisch stellen alle drei Aspekte eine untrennbare Einheit dar, die sich aus dem Bestreben der unteren Klassen nach Befreiung und ihren Kämpfen herauskristallisierten. Später entwickelten sie sich schrittweise zu einem einheitlichen Gesamtsystem, das in der Praxis modifiziert und erprobt, bestätigt oder aufgrund der weiteren historischen Entwicklungen korrigiert wurde.

2. Die Anarchie

Das auf ein gesellschaftliches Modell angewandte anarchistische Wertsystem wird als Anarchie bezeichnet. Mit diesem Begriff meinen wir nicht eine bestimmte und detaillierte Beschreibung der **idealen Gesellschaft**, sondern wir beziehen uns vielmehr auf die verschiedenen Elemente mit den ihnen zugrundeliegenden Funktionen und Strukturen, die den unterschiedlichen Darstellungen des anarchistischen **Utopia** gemeinsam sind.

In diesem Sinne kann die Anarchie als eine Gesellschaft betrachtet werden, in der ein Maximum an **Freiheit** und **Gleichheit** besteht (wobei die Gleichheit lediglich der gesellschaftliche Ausdruck der Freiheit ist; so können z.B. freiheitliche Beziehungen nur zwischen Gleichen bestehen). Mit anderen Worten: die Anarchie ist eine umfassende Alternative zum hierarchischen Gesellschaftsmodell.

Die vorherrschenden und streng pyramidenförmigen Strukturen der hierarchischen Gesellschaft werden durch eine funktionale

Vielfalt der freien Vereinigungen und Kommunen ersetzt, die stets offen für Veränderungen bleiben. Der Imperativ der Gesetze wird durch gemeinschaftliche **Übereinkunft** ersetzt; die Ausbeutung der Arbeiter durch **Arbeiterkontrolle**; Privateigentum an Produktionsmitteln durch kollektiven **Besitz** (bei gesellschaftlichen Produktionsformen) und durch individuellen Besitz (bei individuellen Produktionsformen). Die Zentralisation der politischen Macht und der Staat werden durch **Dezentralisation** und **Föderation** ersetzt; das Delegiertenprinzip durch die **direkte Demokratie**. An die Stelle der Arbeitsteilung tritt die **Integration** der Arbeit, sei es auf landwirtschaftlichem oder industriellem, handwerklichem oder intellektuellem Gebiet. Die Passivität der Massen, wie sie in ihrer Stellung als untergeordnete Produzenten und konditionierte Verbraucher deutlich wird, verwandelt sich in die **Kreativität** von Gruppen und Individuen. Die soziale Ungleichheit mit ihren einförmigen Stereotypen wird durch eine natürliche **Verschiedenheit** in einem Rahmen vollständiger Gleichheit ersetzt; die Moral des Gehorsams und der Herrschaft durch die **Freiheit** und die **Solidarität**. Statt der Unterdrückung und/oder Vermarktung der Sinne finden wir eine **lustvolle Befreiung** und Entfaltung der menschlichen Natur.

In diesem Sinne ist die Anarchie kein Mythos, sondern ein konkretes Ziel, das es zu erstreben gilt, auch wenn es vielleicht nie vollständig erreicht werden wird. Um einen engen Zusammenhang von Theorie und Praxis zu garantieren, dürfen wir dieses Ziel bei unseren Aktionen niemals aus den Augen verlieren.

3. Die hierarchische Gesellschaft

Die Anarchie ist also die umfassende Alternative zum hierarchischen Gesellschaftsmodell, und zwar zu dem **Modell** als solchem und nicht zu irgendeiner einzelnen hierarchischen Gesellschaft. Deshalb stellt der Anarchismus auch das theoretische System und die soziale Bewegung dar, die sich gegen **alle** hierarchischen Strukturen mit ihren Wertsystemen, ihren religiösen und pseudowissenschaftlichen Ideologien wenden. Obwohl der Anarchismus historisch betrachtet im letzten Jahrhundert aus dem Kampf der Arbeiter gegen den Kapitalismus entstand, stand er immer und steht auch weiterhin nicht nur für den Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie, sondern gegen jede Art von Herrschaft.

In hierarchischen Systemen lassen sich alle menschlichen Beziehungen letztendlich auf Herrschaftsverhältnisse zurückführen, da das hierarchische Modell in allen Bereichen der Gesellschaft reproduziert, und das Streben nach Autorität zu ihrem hervorstechenden Charakterzug wird. Von grundlegender Bedeutung in diesen

Herrschaftsbeziehungen ist diejenige, die sich aus der **ökonomischen** Ausbeutung herleitet und in allen Gesellschaftsaktivitäten wiederzufinden ist. Die hierarchische Strukturierung der Gesellschaft, wie sie sich aus der Ausbeutung in den unterschiedlichen Formen ableitet, die sie in den verschiedenen ökonomischen Systemen im Laufe der Geschichte angenommen hat, ist die grundlegende Gesellschaftsstruktur. Sie ist nicht nur ein Ausdruck der hierarchischen Aufteilung der Produktionsaufgaben im engeren Sinne, sondern allgemeiner der **hierarchischen Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit**. In einigen Gesellschaften ist (sind) wirtschaftliche Macht (und/oder Privilegien) mit politischer Macht vereint, während in anderen eine formale Trennung besteht: in manchen Gesellschaften leitet sich die erste von der zweiten her, in anderen Gesellschaften ist es genau umgekehrt. Wie auch immer, in jedem Fall sind beide das Monopol einer privilegierten Elite.

Der Staat ist die grundlegende politische Institution jeder modernen hierarchischen Gesellschaft. Die Anarchisten haben deshalb ihre Angriffe schon immer vorrangig gegen den Staat gerichtet, wobei sie nicht nur den **bürgerlichen Staat** bekämpften und bekämpfen (d.h. die politische Struktur der kapitalistischen Gesellschaft) sondern **jede Staatsform** der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, weil jeder Staat organisierte Gewalt bzw. Herrschaft darstellt. Die anarchistische Kritik am Staat erreicht eine neue Dimension angesichts der ungeheuerlichen, totalitären Einmischung in die individuelle Freiheit und der Fähigkeit des Staates, die ökonomische und politische Macht beliebig miteinander auszutauschen.

4. Der Klassenkampf

In der hierarchischen, auf Ausbeutung begründeten Gesellschaft identifizieren sich die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen (die Klassen) mit einander entgegengesetzten Interessen. In jeder hierarchischen Gesellschaft ist der Klassenkampf anzutreffen, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, in verschiedenen Formen und auf verschiedenen Ebenen des kollektiven Bewußtseins. Es ist der Kampf zwischen den ausgebeuteten Klassen und den Ausbeutern, zwischen denen, die die wirtschaftliche Macht ausüben und jenen, die darunter zu leiden haben. Es ist andererseits aber auch der Kampf zwischen denen, die Privilegien besitzen und denen, die danach streben; ein Kampf zwischen den Bossen und jenen, die Bosse werden wollen, zwischen den herrschenden Klassen und den Klassen, die neue Herrschaftsformen anstreben.

Es gibt also zwei Arten von Klassenkampf. Leider wurde die Geschichte der Menschheit vor allem durch die letztere Form des

Klassenkampfes geprägt. Sie stellt sich als eine unaufhörliche Folge von einander sich ablösenden herrschenden Klassen dar, die die Macht auf vielfältige Weise und mit unterschiedlichen Arten der Ausbeutung ausüben. Die andere Form des Klassenkampfes, die sich wie ein **roter Faden** durch die Geschichte zieht, ist die der unteren Klassen, der Kampf der Sklaven, Plebejer, Leibeigenen und Tagelöhner zur Erlangung ihrer Befreiung oder wenigstens zur Verringerung der Last ihrer Ausbeutung.

Beide Formen des Klassenkonfliktes sind für die Anarchisten interessant: die eine, weil wir aus dem Studium dieses Klassenkampfes ein Verständnis der **Dynamik der Ungleichheit** erlangen, d.h. die Mechanismen begreifen lernen, die der Klassengesellschaft zugrunde liegen, sie verändern und erhalten. Die andere, weil der Anarchismus direkt oder indirekt aus der Hoffnung auf Befreiung, wie sie von den ausgebeuteten Klassen formuliert wird, seine Werte und Basis ableitet und die Möglichkeit einer revolutionären Veränderung begründet.

5. Arten der Interpretation

Wenn man einmal von einigen „primitiven" Gesellschaften absieht, lassen sich im allgemeinen in den verschiedenen Gesellschaftsschichten zahlreiche Kategorien erkennen. Diese soziale Komplexität wird durch die **Soziologie** in eine Ideologie gekleidet, die die harte Realität verschleiert und verwässert und den Klassenkampf in eine Vielzahl untergeordneter Konflikte zu spalten versucht, ohne dabei aber den Fortbestand des Systems selbst in Frage zu stellen. Diese soziologischen Schemata reflektieren dabei die gegenwärtige ideologische Tendenz des Systems, die gesellschaftlichen Widersprüche durch eine fortgesetzte Abstufung von Ausbeutung und Privilegien zu vervielfältigen und dadurch die Klassengegensätze zu entschärfen.

Aber mit Hilfe einer revolutionären Analyse und eines revolutionären Programms ist es selbst in einer derartig abgestuften Gesellschaftsstruktur möglich, den Klassenkampf in seinen Grundzügen zu erkennen. Es reicht aus zu begreifen, daß die antagonistischen Klassen, die an der Spitze und an der Basis der Gesellschaftspyramide stehen, (sowohl im tatsächlichen Konflikt als auch im Interpretationsmodell) genau den Kategorien der gesellschaftlichen Arbeitsteilung entsprechen. Wir könnten beispielsweise unser Interpretationsmodell auf ein **bipolares Schema** reduzieren, indem wir anstelle der komplexeren sozialen Zusammenhänge den unversöhnlichen Gegensatz zwischen den **zwei Polen** von Klassen zugrundelegen. Dieses bipolare Schema, das die gesellschaftliche Realität nur unvollkommen wiederspiegelt, bietet sich vor allem

als ein nützliches Instrument an, um den **Bündnispartner** (l'interlocutore) der revolutionären Bewegung zu erkennen und zwar die beherrschte und ausgebeutete Klasse (bzw. Klassen). Man muß sich jedoch stets der praktischen und theoretischen Grenzen dieses Modells deutlich bewußt sein.

Eine dieser Grenzen des bipolaren Schemas ist, daß es nur auf relativ statische Gesellschaftssysteme anwendbar ist (so z.B. auf den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts und vielleicht auch auf die russische Variante des **Staatssozialismus**). In solchen Sytemen ist der bipolare Konflikt für sich betrachtet der dominierende hinsichtlich der vorherrschenden Produktionsweise. Insbesondere die Mittelschicht dient hier als eine Art gesellschaftliche **Pufferzone** zwischen den beiden antagonistischen Klassen ohne direkt, im ganzen oder teilweise, selbst eine wirksame Gesellschaftskraft zur sozialen oder ökonomischen Umwandlung zu sein, d.h. eine Klasse, die selbst die Macht anstrebt. In historischen Übergangsphasen, wie der, die wir gerade durchleben, erweist sich das Zwei-Klassen-Schema als unbrauchbar, weil es uns hindert, die neuen Formen der Macht und der Ausbeutung, die innerhalb der alten Strukturen entstehen, zu erkennen und zu begreifen. Im schlimmsten Fall mystifiziert oder verschleiert es die Realität des Klassenkonfliktes zwischen zwei sozialen Gruppen, die um die Macht kämpfen.

Um eine Grundvorstellung von diesen historisch dynamischen Perioden zu erhalten, müssen wir erkennen, daß sich der Klassenkonflikt zwischen **drei Klassen** abspielt, die sich **gleichzeitig** bekämpfen: zwischen einer unterdrückten Klasse, einer herrschenden Klasse und einer aufsteigenden Klasse.

Es lassen sich also zwei Arten des Klassenkampfes erkennen, die nebeneinander existieren. Obwohl beide eine entgegengesetzte historische Bedeutung haben, treten sie häufig kombiniert auf.

6. Die drei Klassen

Die gegenwärtige historische Übergangsphase markiert den Wandel vom kapitalistischen System zu einem neuen System der Ausbeutung. Sie ist der Schlüssel zum Verständnis der komplexen internationalen sozioökonomischen und politischen Situation und ihren Erschütterungen, und sie ist das Resultat nicht nur unterschiedlicher imperialistischer Interessen, sondern auch der spätkapitalistischen, nachkapitalistischen und der dazwischenliegenden gesellschaftlichen Systeme, die in jeder Kategorie zahlreiche Variationen besitzen.

Ausgehend von dem Drei-Klassen-Modell lassen sich die beiden Hauptakteure der Gesellschaftsveränderung - die **alten** und die

neuen Bosse - isoliert betrachten: beide sind sowohl auf internationaler Ebene als auch auf der Ebene einzelner nationaler Strukturen in den Bereichen vertreten, in denen der Kapitalismus noch nicht überwunden ist, aber auch in den Ländern des **Staatssozialismus** und bis zu einem gewissen Grade in der Dritten Welt. Es läßt sich eine beherrschte und ausgebeutete Klasse erkennen, die wie immer in den historischen Übergangsphasen ihren **eigenen** Klassenkampf führt, zum einen, weil die Veränderung (der herrschenden Klasse) nur unzureichende psychologische und ideologische Instrumente zur Unterwerfung bereitstellt, zum anderen, weil die aufsteigende Klasse besondere Anstrengungen unternimmt, um die revolutionäre Energie der Ausgebeuteten für ihre Klasseninteressen auszunutzen.

Die ausgebeutete Klasse oder besser die Gruppe der ausgebeuteten Klassen besteht aus denen, die in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung körperliche Arbeit im **weitesten** Sinne des Wortes ausführen. Mehr oder weniger abhängig von der jeweiligen ökonomischen Struktur besteht diese Gruppierung aus dem Proletariat (landwirtschaftliche und industrielle Lohnarbeiter sowie Lohnempfänger in den Dienstleistungsbetrieben einschließlich der Büroangestellten mit rein ausführenden Funktionen). Ihr zuzurechnen ist auch die Unterschicht der unabhängigen Handwerker, deren „Unabhängigkeit" sich auf die Selbstverwaltung der eigenen Ausbeutung reduziert, sowie das ländliche und städtische Subproletariat (Arbeitslose, Unterbeschäftigte, Aussteiger usw.). Diese Kategorien und Klassen sind objektiv der Ausbeutung unterworfen und das ganz unabhängig von dem Mechanismus (der nicht unbedingt typisch sein muß) und von dem subjektiven Bewußtsein der Ausbeutung.

Die **alten Bosse** sind die kapitalistische Bourgeoisie, deren Privilegien auf dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln beruhen und die vor allem (wenn auch nicht ausschließlich) entsprechend ihrer charakteristischen Beziehung zur Produktion ausbeuten, d.h. durch die Mittel zur Erzwingung des Mehrwerts in der Marktregelung von Arbeitskraft und Gütern.

Die **neuen Bosse**, die in den sogenannten sozialistischen Ländern die herrschende Klasse darstellen und sich in den spätkapitalistischen Gesellschaften die Herrschaft mit der Bourgeoisie so teilen, daß sich das dynamische Gleichgewicht ständig zu ihren Gunsten verschiebt, das sind die **Technobürokraten**.

7. Die neuen Bosse

Die neue herrschende Klasse, die **Technobürokratie**, definiert sich selbst über die intellektuelle Arbeit, die ihren Managementfunktionen in der hierarchischen Arbeitsverteilung entspricht. Ihre

relativ privilegierte Stellung und ihre Macht leiten die **neuen Bosse** nicht vom Privateigentum sondern von den Funktionen des Sozialmanagements ab. Sie sind sozusagen im intellektuellen Besitz der Produktionsmittel, d.h. im Besitz der Kenntnisse, die zur Leitung der großen ökonomischen und politischen Institutionen notwendig sind. Die gegenwärtig fortgeschrittenste Form ihrer Herrschaft finden wir im sogenannten sozialistischen Block. Die Technobürokraten verfügen dort über ein uneingeschränktes Monopol der ökonomischen und politischen Macht. Die Ausbeutung erfolgt nicht mehr auf der individuellen sondern auf einer kollektiven Ebene über das **Klasseneigentum** an den Produktionsmitteln. Das bedeutet: sie haben sich einen priviligierten Anteil an Gütern und Dienstleistungen angeeignet und zwar nicht **direkt** wie im Kapitalismus, sondern **indirekt** über den Staat, der sich diesen **Klassentribut** aneignet, um ihn unter seinen eigenen Funktionären entsprechend ihrer Positionen in der sozialen Pyramide wieder zu verteilen (d.h. je nach dem Grad der hierarchischen Wichtigkeit ihrer speziellen Funktion).

In den westlichen spätkapitalistischen Gesellschaften sind die Konturen der neuen Bosse weniger scharf gezeichnet, und ihre spezifische Art der Ausbeutung ist mit der allgemeinen kapitalistischen Ausbeutung verknüpft. Sowohl aus historischer Sicht als auch vom funktionellen Gesichtspunkt aus entwickelten sie sich aus der im Dienste der kapitalistischen Bourgoisie stehenden Bürokratie der Mittelschicht. Das Wachstum der Aktien-, Finanz- und Handelsgesellschaften sowie der multinationalen Konzerne, das mit einer stetigen Ausdehnung der staatlichen Funktionen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet einhergeht, hat und wird auch künftig die Bedingungen dafür schaffen, daß die Bedeutung und Macht der Technobürokratie ständig anwächst.

Bürokraten (staatliche Leiter) und **Technokraten** (Manager privater Konzerne) sind die zwei sich noch separat entwickelnden Erscheinungsformen dieser neuen Klasse, die trotz der Zwittergestalt des Managers für öffentliche Gesellschaften bzw. Unternehmen bislang noch nicht überbrückt werden konnten. Die **Technobürokraten** erlangen ihre Klassenprivilegien - d.h. die Früchte ihrer ausbeuterischen Tätigkeit - z.B. durch sehr hohe Einkünfte (Gehälter, Prämien, Nebeneinkünfte). Im Falle des Managers eines Privatkonzerns können aus ökonomischer Sicht diese verschiedenen Einkünfte als versteckte Konzerngewinne betrachtet werden, d.h. als kapitalistischer Mehrwert. Das privilegierte Einkommen der staatlichen Manager ist dagegen typisch technobürokratisch. Die Bezahlung der Manager in öffentlichen Gesellschaften und solchen mit staatlichen Anteilen erfolgt teilweise über den Profit (Reste des marktwirtschaftlichen kapitalistischen Mechanismus) und teilweise über besondere privilegierte Ansprüche auf einen Teil des allgemein produzierten Wohlstands nicht so sehr auf der Konzern- sondern eher auf nationaler Ebene.

8. Aktiengesellschaften und multinationale Konzerne

In den großen Aktiengesellschaften findet die Macht der Technobürokraten ihren Ausdruck auf der Ebene des **Managements**. Nicht nur durch die wachsende Zersplitterung der Eigentumsanteile wird die Entscheidungsmacht der großen Mehrheit der kapitalistischen Anteilseigner bedeutunglos, sondern auch durch die enorme Komplexität der Probleme des Managements. Durch die Fähigkeit, mit ihnen umzugehen, erhält die Managerklasse die Kontrolle über die Wirtschaftsmechanismen, so daß sie die Macht selbst der Mehrheit der Aktienbesitzer in großem Maße beschneidet, es sei denn, diese sind zufällig gleichzeitig Aktienbesitzer und Manager und vereinen somit Gestalt und Privilegien der alten mit denen der neuen Bosse, wie es in historischen Übergangsphasen häufig vorkommt.

Wir sehen, wie die traditionell verknüpften Komplexe **Eigentum** und **Kontrolle** zunehmend auseinanderdriften. Die Eigentümer bleiben interessiert an den Angelegenheiten des Konzerns, aber es sind die Technobürokraten, die faktisch und auch rechtlich (durch die **Prokura**, d.i. Handlungsvollmacht) die ökonomische Kontrolle ausüben. Obwohl **rechtliches** Eigentum noch Quelle privilegierten Einkommens ist, bedeutet es nicht mehr notwendigerweise **ökonomisches** Eigentum.

Die Unabhängigkeit der Technobürokraten wird noch deutlicher in den multinationalen Konzernen sichtbar. Die Anteilseigner haben auf internationaler Ebene praktisch keine Macht über **ihren** Konzern. Die Produktions- und Verteilungsprozesse sind so komplex gestaltet, daß nur das Management in der Lage ist, sie zu kontrollieren und zu koordinieren. Darüberhinaus sind diese Konzerne so aufgebaut, daß sie eine hierarchische Arbeitsteilung in den verschiedenen geographischen Regionen erzeugen, die der vertikalen Arbeitsteilung im Konzern selbst entspricht: Die hochgestellten Positionen und die Entscheidungsmacht sind in den Metropolen der entwickelten Ländern konzentriert (mit einem gewissen Subkapital in den weniger hoch entwickelten Ländern), während in den unterentwickelten Ländern nur auf einem sehr niedrigen technologischen Niveau Aktivitäten entwickelt werden. Dies ist eine neue Form der internationalen Ausbeutung, nicht nur in der Beziehung zwischen entwickelten und unterentwickelten Staaten, sondern auch durch die multinationalen Konzerne, die direkt die Nachfolge der Kolonialherrschaft angetreten haben.

9. Der spätkapitalistische Staat

Der Staat spielt eine fundamentale Rolle in der spätkapitalistischen Wirtschaft. Zum einen verfügt er entweder direkt oder indi-

rekt über ein dichtes Netz von Industrie- und Dienstleistungsbetrieben in den ökonomischen Schlüsselpositionen. Zum anderen reguliert, kontrolliert, plant und koordiniert er in immer weiterem Ausmaß die Aktivitäten der Wirtschaftskonzerne und zwar durch Mittel wie Gesetzgebung, Kredite, Steuern usw. Und schließlich ist er mit Abstand der größte Hauptkunde des privaten Sektors.

Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft sind nichts Neues für den Kapitalismus, vielmehr waren sie von Anfang an dessen ständige Stütze und Begleiterscheinung. Nichtsdestoweniger verändern die Intensität und das Ausmaß, mit denen der Staat heute und in Zukunft eher noch mehr in die Wirtschaft eingreift, zusammen mit dem enormen Anwachsen der staatlich geleiteten sozialen Dienstleistungen die Bedeutung dieser Staatspräsenz. Wenn 30% bis 40% des Bruttosozialproduktes der entwickelten kapitalistischen Länder von der öffentlichen Verwaltung absorbiert werden, so kann man sagen, daß dies nicht mehr nur eine Frage der Quantität ist, sondern inzwischen schon zu einer Frage der Qualität geworden ist.

Der Staat in seiner Rolle als Verteidigungsapparat der kapitalistischen Interessen bringt bevorzugt Mitglieder der neuen herrschenden Klasse hervor, die auf ihren höheren Ebenen der Hierarchie einen sehr großen und weiter anwachsenden Prozentsatz ökonomischer Macht konzentrieren, der wiederum mit der politischen Macht zusammenfließt. So verliert die politische Macht immer mehr ihre einst untergeordnete Rolle. Während die Technobürokratisierung der privaten Großunternehmen zunimmt, vertreten die Technokraten und Bürokraten der öffentlichen Unternehmen und des Staatsapparates immer weniger die Interessen der alten Bosse und immer mehr ihre **eigenen**.

In ähnlicher Weise verlagert sich die konkrete politische Macht von der Legislative hin zur Exekutive und von dort zu den Spitzen der Verwaltung. Die Mehrzahl der spätkapitalistischen Länder haben eine demokratisch-parlamentarische politische Struktur, aber in keinem von ihnen **regiert** das Parlament - also der formale Sitz der **Volkssouveränität** - da es der Staat ist, der es lenkt.

Die Macht des Staates ist konstant und wird durch eine gewisse Anzahl autonomer Institutionen ausgeübt, die nicht dem instabilen Einfluß des parlamentarischen Wahlsystems unterliegen. Wir müssen diesen politischen Organismus genauer untersuchen, um festzustellen, wo die wirkliche Macht liegt. Regierungen kommen und gehen, ohne daß die Staatsmaschinerie aus dem Rhythmus kommt.

Der Staat besteht primär aus folgenden autonomen und ständigen Institutionen: der Armee (Offiziere, Unteroffiziere, Berufssoldaten und Spezialeinheiten), der Polizei, den Ministerien, den autonomen Behörden, den Einrichtungen der Sozialversicherung und der Volksfürsorge, den Magistraten (la magistratura) usw. kurz, den sogenannten Exekutivorganen, die nicht an Wählerentscheidun-

gen gebunden sind, kaum von Regierungen beeinflußt werden und praktisch immun gegenüber jeglichem parlamentarischen Einfluß sind. Jede dieser Institutionen reproduziert in sich selbst die hierarchische Pyramide des Staates: An der Spitze dieser Hierarchie werden ebenso wie von den Direktionen der großen öffentlichen und privaten Unternehmen und in unterschiedlichem Maße auch von Partei- und Gewerkschaftsführungen die Entscheidungen gefällt, die auf der Bühne der politischen Institutionen durch das Parlament „repräsentiert" werden.

Diese Entwicklung der politischen Macht ist darüberhinaus eng verknüpft mit der wachsenden Komplexität und Vielfalt der Rollen sowie den totalitären Tendenzen des spätkapitalistischen Staates. Letztere sind eine Konsequenz aus der Notwendigkeit der Kontrolle, die durch immer neue Institutionen ausgeübt werden muß. Die Zentrifugalkräfte, die fortwährend durch das Anwachsen von Ausmaß, Komplexität und Einfluß des Staates erzeugt werden, zielen ihrerseits darauf ab, Anzahl und Macht der Technobürokraten zu vermehren.

10. Die nachkapitalistischen Gesellschaften

In den Ländern des **Staatssozialismus** sehen wir die volle Verwirklichung einer nachkapitalistischen Ordnung unter einem technobürokratischen System. Sie ist in historischem Sinne nachkapitalistisch, da dieses sozioökonomische System nach dem des Kapitalismus auftritt und spätkapitalistische Systeme dieselbe Entwicklungstendenz zeigen. Trotz dieser Definition muß die Entwicklung einer Nation nicht unbedingt diese geordnete Reihenfolge aufweisen. Der nachkapitalistische Aufbau scheint gerade in denjenigen Ländern zuerst entwickelt worden zu sein, die im kapitalistischen Sinne noch nicht voll entwickelt waren, sondern noch wesentliche Überreste aus vorkapitalistischer Zeit aufwiesen; möglicherweise aufgrund einer strukturellen Ähnlichkeit zwischen dem feudalen und dem technobürokratischen System, welches in vielerlei Hinsicht als eine Art **industrieller Feudalismus** betrachtet werden kann.

Unter den nachkapitalistischen Ländern sind drei Modelle erkennbar: das sowjetrussische, das chinesische und das jugoslawische. Auch wenn gravierende Unterschiede zwischen ihnen bestehen, weisen sie doch starke Übereinstimmungen in den ökonomischen Mechanismen und den wesentlichen Sozialstrukturen auf. **Jugoslawien** besitzt neben den vorherrschenden nachkapitalistischen Elementen auch bestimmte spätkapitalistische Elemente sowie Elemente einer **Arbeiterselbstverwaltung**; obschon man einschränkend hinzufügen muß, daß in der Praxis die Arbeiterselbstverwaltung durch die

Kontrollen sowohl der Staatsbürokratie als auch aufgrund der technokratischen Entwicklungen innerhalb der Betriebe begrenzt wird. **China** zeigt im Vergleich zur Sowjetunion die Tendenz zu einer größeren Dezentralisation und eine gewisse Einbeziehung des Volkes an der politischen Entscheidungsfindung auf den unteren Ebenen. Die Sektoren Stadt und Land sowie Industrie und Landwirtschaft sind relativ ausbalanciert, und anscheinend ist auch die Politik deutlich weniger repressiv aufgrund einer stärkeren politischen Einbindung der Massen in das System. Wir haben wenig zuverlässige Informationen über das chinesische Modell, um das junge und in Entwicklung befindliche System präzise zu analysieren, aber sie reichen aus, um es zu klassifizieren und zu beurteilen. Seine Klassenstruktur zeigt sich in einer strengen Hierarchie, in der es dreißig definierte bürokratische Ebenen gibt, von denen die ersten sechs Direktivgewalt haben. Hinzu kommt die wirtschaftliche Ungleichheit mit einer Lohnskala, derzufolge schon innerhalb einer Fabrik die Löhne in einem Verhältnis von eins zu sechs zwischen Minimum und Maximum schwanken, während sie sich in der staatlichen Verwaltung sogar in der Größenordnung von eins zu sechsunddreißig bewegen.

Das **sowjetrussische** Modell ist am besten geeignet, um ein Porträt der nachkapitalistischen Gesellschaft zu geben, nicht nur weil es ein Vorbild für beinahe alle **staatssozialistischen** Länder ist (selbst Kuba paßte sich dem rasch an, nachdem es in seiner Anfangsperiode des „Sozialismus" eine Reihe eigener Merkmale gezeigt hatte), sondern auch aufgrund der Tatsache, daß es nach mehr als einem halben Jahrhundert seines Bestehens hinreichend gut bekannt und konsolidiert ist. Es hat alle Merkmale eines technobürokratischen Systems. Die Verschmelzung von ökonomischen und politischen Funktionen im Staat setzt die soziale Hierarchie mit der staatlichen gleich. Die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln bedeutet ihre kollektive Aneignung durch den Teil der Technobürokraten, die die Produktion nach ihren eigenen Interessen leiten und sich den sozialen Mehrwert in Form spezieller Privilegien aneignen, d.h. nicht nur in Form hoher Gehälter sondern auch durch privilegierte Güter und Dienstleistungen wie die Datschen, besondere Einkaufsmöglichkeiten, Auslandsreisen, Benutzung von Autos, bessere Ausbildung für ihre Kinder usw.

Unterhalb der Technobürokraten und einer bürokratischen, technischen, professionellen und künstlerischen Mittelklasse gibt es die überwältigende Mehrheit der ausgebeuteten körperlich Arbeitenden in der Stadt und auf dem Land, die selbst der einzigen ökonomischen Freiheit beraubt sind, die das Proletariat im Kapitalismus noch hat: der Möglichkeit, seine Arbeitskraft dem Höchstbietenden zu verkaufen und gemeinsam mit den Kollegen, die gleichermaßen ausgebeutet werden, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu erkämpfen.

Die nachkapitalistische Wirtschaftsstruktur wird von der Planung beherrscht, die den Arbeits- und Gütermarkt ersetzt. Diese Planung unterscheidet sich von der in den spätkapitalistischen Ländern. In einer Wirtschaft, die sich ausschließlich in staatlicher Hand befindet und hierarchisch strukturiert ist - von der Werkhalle bis hinauf zu der Chefetage der Planungsabteilung - ist es kein Problem mehr, die verschiedenen Konzerne dazu zu drängen, den Weisungen zu folgen, die in dem Plan festgelegt sind. Die machthabende Gruppe **entscheidet** über das Plansoll, das erzielt werden muß. Dieses ist von den internen und externen Bedürfnissen des Systems und den Interessen der herrschenden Klasse abhängig und wird unter Berücksichtigung der verschiedenen Gruppen und Ebenen, aus denen sie aufgebaut ist, ermittelt. Das von ihr ermittelte Plansoll wird auf die verschiedenen Sektoren und Unternehmen verteilt, die zu seiner Erfüllung verpflichtet sind. Der Plan entscheidet nicht nur über die Qualität und Quantität der Produkte, sondern auch über Investitionen, Preis- und Lohnhöhe und das unabhängig von irgendeinem marktwirtschaftlichen Mechanismus. Daher haben auch solche Kategorien wie Löhne, Währung usw. eine ökonomische Bedeutung, die gänzlich von den gebräuchlichen kapitalistisch-merkantilen Begriffen abweicht: die Terminologie ist zwar dieselbe geblieben, aber die ihr zugrunde liegenden Verhältnisse haben sich verändert.

Innerhalb des außerordentlich komplexen und komplizierten Wesens der globalen Planung in der Sowjetunion, mit seinen Folgephänomenen der Ineffektivität und der Verschwendung, hat sich in den vergangenen Jahren partiell eine schrittweise Dezentralisierung entwickelt. Die Forderung nach mehr technischer und wirtschaftlicher Effizienz ist natürlich mit den Interessen der Direktoren der verschiedenen Unternehmen und Wirtschaftskomplexe, d.h. der örtlichen Technokraten identisch. Indem diese eine größere Autonomie und Dezentralisation in der Entscheidungsfindung fordern, streben sie in Wirklichkeit mehr Macht für ihren Bereich auf Kosten der zentralen Bürokratie an.

In der halboffiziellen Sprache wird die Klasse der **sowjetischen** neuen Bosse als **Nomenklatura** bezeichnet. Dieser Begriff wird benutzt, um diejenigen zu definieren, die in den gehobenen Führungspositionen des Staates stehen: Spitzenfunktionäre, höhere Offiziere in Armee und Polizei, Partei- und Gewerkschaftsbosse, Technokraten in der Produktion usw. Ungefähr eine Million Sowjetbürger sind **gleicher als die anderen** dank der Position, die sie in einer verdienstbeherrschten Hierarchie einnehmen, in der spätere **Verdienste** in der Verwaltung, der Produktion und in der Politik bereits in der Schule durch eine rigorose Auswahl vorherbestimmt und in einem gleichermaßen rigorosen Auswahlverfahren dann auf der Parteiebene konkretisiert werden.

Die Partei hat in der sowjetischen Gesellschaftsstruktur sowie in der nachkapitalistischen Gesellschaft im allgemeinen eine

grundlegende Funktion. Die Partei, der in der UdSSR zehn Prozent der Bevölkerung angehören, umfaßt alle Gesellschaftsschichten von der Mittel- bis zur Oberschicht unter Ausschluß der untersten Gesellschaftsschichten. Sie bildet dabei (wie die Kirche innerhalb des Staates) eine Hierarchie, die noch über der Hierarchie des Staates steht; nichtsdestoweniger verschmelzen auf höchster Ebene die beiden Hierarchien. Die Partei verwaltet direkt Produktion und Verteilung, übt aber auch eine strenge Kontrolle über jeden Bereich des gesellschaftlichen Lebens aus. Da sie Träger der Staatsideologie (sprich: Marxismus-Leninismus) ist, gilt dies als formale Legitimation für die Macht und die Priviligien der neuen Bosse.

11. Die dritte Welt

Eine Zwischenstation zwischen den spät- und nachkapitalistischen Industriegesellschaften ist - was die sozialen Strukturen und ökonomischen Mechanismen betrifft - die **dritte Welt**, also die afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten, die ehemaligen Kolonien, die entweder noch unterentwickelt oder gerade in Entwicklung begriffen sind. Es gibt ein weites Spektrum der politischen Regierungsformen in diesen Ländern, das sich von der parlamentarischen Demokratie bis hin zu Diktaturen (die Militär- oder Ein-Parteien-Diktaturen sein können) erstreckt, wobei die Diktaturen überwiegen. Die ideologische Couleur dieser Länder reicht ebenfalls vom **linken** bis zum **rechten** Rand der politischen Farbskala. Die internationale Ausrichtung ist zumeist **neutral**, aber von Ausnahmen abgesehen sind sie von einer der beiden Supermächte USA oder UdSSR abhängig. Auch die ökonomischen Strukturen reichen von solchen mit weitgehend spätkapitalistischen Elementen (die normalerweise von der Präsenz des europäischen oder nordamerikanischen Kapitals der Multis abhängig sind) bis hin zu solchen mit vorwiegend nachkapitalistischen Elementen nach jugoslawischem Muster.

Ungeachtet dieser politischen Formenvielfalt verbindet diese Länder eine gemeinsame Realität: das Bemühen der dritten Welt, den Zustand der internationalen Ausbeutung zu überwinden. Nachdem die brutalste Phase der Kolonialisierung durch Plünderung beendet war, begannen die entwickelten Industrienationen, neue ökonomische Abhängigkeiten aufzubauen. Diese basieren auf einer internationalen Arbeitsteilung, in der Güter mit hohem technologischen Niveau für die herrschenden **neo-kolonialistischen** Länder reserviert sind und zu ungünstigen Devisenkursen gegen die Produkte der dritten Welt getauscht werden. Aus diesem **ungleichen Handel** entspringt die Unfähigkeit der dritten Welt zu einem effektiven

Auf- und Ausbau ihrer Wirtschaft und die aus diesem Mangel erwachsende zunehmende relative Verelendung. Daher sind die Ideologien der dritten Welt - seien sie rechte oder linke - durch einen starken Nationalismus geprägt, der mit einer starken Tendenz zur Autarkie einhergeht.

Die Rolle des Staates bei diesen Anstrengungen der dritten Welt ist von grundlegender Bedeutung: Die Entwicklung der Nationalwirtschaft erfolgt hauptsächlich mit staatlichem Kapital (oder über Wirtschaftsunternehmen mit gemischt staatlichem **und** Fremdkapital) und durch die Verstaatlichung ausländischer Firmen. Es ist daher natürlich, daß mit einem solchen Entwicklungsmodell eine einheimische Führungsschicht heranwächst, die eher technobürokratischer als kapitalistischer Natur ist. Die sogenannte **Nationalbourgeoisie** besteht in der Tat nicht aus dem Bürgertum, also den Kapitalisten, sondern vor allem aus staatlichen Funktionären, unter denen die Militärs oft eine tragende Funktion ausüben, und aus einheimischen Direktoren der multinationalen und gemischten Unternehmen.

Der **Sozial-Nationalismus** der Entwicklungsländer (und der verschiedenen nationalen Befreiungsbewegungen, also der Brutstätte der zukünftigen **Nationalbourgeoisien**) ist somit der Weg der dritten Welt zur ökonomischen Entwicklung und gleichzeitig zur Etablierung einer sozialen Technobürokratie.

12. Italien: Die Wirtschaftsstrukturen

Die direkte oder indirekte staatliche Einflußnahme auf die Ökonomie, ein charakteristisches Element des Spätkapitalismus, ist in Italien sehr hoch entwickelt. Seit dem Beginn dieser Einflußnahme, die in den 30er Jahren unter dem Faschismus und parallel zur großen Depression einsetzte, wurde die Wirtschaftspolitik der massiven und fortschreitenden Staatsintervention auch von den Christdemokraten kontinuierlich weitergeführt. Heute wird mehr als 31% des Umsatzes der 200 führenden italienischen Industrieunternehmen von staatlich kontrollierten Gesellschaften erwirtschaftet. Fremdes Kapital (aus multinationalen Konzernen) schlägt mit weiteren 26% zu Buche. In der Großindustrie ist die direkte Kontrolle durch staatliche Anteile genauso groß wie die durch einheimischen Privatanteile. Der Anteil der staatlichen Kontrolle erhöht sich, wenn wir die indirekte Kontrolle durch Kredite mit berücksichtigen, da ein absolutes Übergewicht der öffentlichen Anteile im Bankensektor existiert.

Die staatlichen Eingriffe in die Ökonomie Italiens vollziehen sich hauptsächlich über Anteile an Aktiengesellschaften. Dies ist eine ausbaufähige und unauffällige Art, durch die der Staat die

marktwirtschaftliche Führung übernimmt und die in ihrer Kombination aus Kapitalismus und Bürokratie deutlich die heutige kapitalistische Übergangsphase markiert. Seit Kriegsende mußte nur einmal die direkte Verstaatlichung angewandt werden, nämlich um das staatliche Monopol im Elektrizitätssektor sicherzustellen (das führte dann zum Aufbau der staatlichen Elektrizitätswerke E.N.E.L.). Andererseits nahm die staatliche Beteiligung unaufhaltsam und massiv zu, sowohl im Rahmen der **natürlichen** Entwicklung bestehender Unternehmen als auch bei der **Erhaltung von Arbeitsplätzen** in Unternehmen, die in Schwierigkeiten geraten waren. Ebenso konnte man eine Zunahme der finanziellen Unterstützung privater Unternehmen durch die öffentliche Hand beobachten, was gewöhnlich der erste Schritt zum Einkauf in Aktiengesellschaften und somit zur direkten Kontrolle ist.

Zu Beginn der 70er Jahre wurden 30% der industriellen Investitionen von Unternehmen mit staatlichen Anteilen getätigt, und dieselben Unternehmen trugen mit über 15% zur Umsatzsteigerung in der verarbeitenden Industrie und im Bergbau sowie mit 24% im Transport- und Kommunikationssektor bei.

Von den vier größten italienischen Gesellschaften stehen drei unter öffentlichen Kontrolle: I.R.I., E.N.I. und MONTEDISON. Die erste ist ein ökonomischer Koloß, der ca. 70% der staatlichen Aktienanteile umfaßt. Neben mehr als 180 Gesellschaften in Italien (und Dutzenden im Ausland), die direkt von der Muttergesellschaft (der Holding I.R.I.) und über acht nach Sektoren gegliederten Finanzierungsholdings (FINSIDER, FINMECCANICA, S.M.E. usw.) kontrolliert werden, ist sie außerdem noch über ein dichtes Netz von Beteiligungen mit anderen öffentlichen und privaten Gesellschaften verwoben. I.R.I. operiert somit in nahezu allen Bereichen der italienischen Wirtschaft, von Banken über Supermärkte, „autostrada", Nahrungsmittelindustrie, Fluglinien, Automobilherstellung und Werften bis hin zur Schwerindustrie. E.N.I., das zweite öffentliche Unternehmen, ist ebenfalls eine Holding, die über neun Gesellschaften an 200 Unternehmen beteiligt ist oder sie kontrolliert, wobei die Hälfte außerhalb Italiens, besonders im Erdölbereich, angesiedelt ist. Auch an MONTEDISON (chemische und pharmazeutische Produkte, Textilien und Nahrungsmittel) ist der Staat beteiligt, selbst wenn dieses Unternehmen hauptsächlich durch privates Kapital finanziert wird. Der Staat ist hier, wie bei I.R.I. und besonders E.N.I., nicht nur der Hauptaktionär, sondern er besitzt auch einen größeren Anteil als alle privaten Aktionäre zusammengenommen, was bei MONTEDISON insofern von Bedeutung ist, als die Mehrheit der Aktien auf sehr viele verschiedene Aktionäre aufgeteilt ist. Die große Finanzierungsgesellschaft BASTOGI wurzelt ebenfalls im Bereich der öffentlichen Ökonomie, da sie durch öffentliche Kreditinstitute gesteuert wird.

Andere staatliche Holdings (wie E.G.A.M, E.F.I.M und G.E.P.I.) sind zu einem geringeren, aber nicht unbedeutenden Anteil in ver-

schiedenen Produktionsbereichen vertreten, in denen ihr Einfluß ständig zunimmt. G.E.P.I., die jüngste von ihnen, die 1971 gegründet wurde, sollte eigentlich Unternehmen, die in Schwierigkeiten geraten waren, für die öffentliche Hand kurzfristig übernehmen, um sie vor der Reprivatisierung wieder **rentabel** zu machen. Praktisch hat sich dies jedoch wie bei der I.R.I., die ursprünglich zu demselben Zwecke gegründet wurde, als eine bewährte Methode zur Verstaatlichung von Unternehmen erwiesen.

Das private italienische Großkapital ist zum größten Teil in einigen Oligopolen wie F.I.A.T.-I.F.I, PIRELLI und OLIVETTI konzentriert. Nichtsdestoweniger besteht der private Sektor hauptsächlich aus kleinen und mittleren Betrieben, die in Italien mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze stellen. 28% der Industriearbeiter sind in Betrieben mit weniger als 10 Arbeitsplätzen beschäftigt, 29% in solchen mit 11 bis 100 Arbeitsplätzen und 43% in Betrieben mit über 100 Arbeitsplätzen. (In Frankreich weist die entsprechende Statistik Zahlenverhältnisse von 12%, 27% und 61% auf, und in der Bundesrepublik Deutschland werden sie mit 2%, 19% und 79% beziffert.) Italien weist, im Gegensatz zu anderen spätkapitalistischen Ländern, eine große Zersplitterung der Aktionäre auf, d.h. es liegt im Konzentrationsprozeß des Kapitals weit zurück. Dies ist ein charakteristisches Merkmal der italienischen Wirtschaft und eine Ursache für ihre strukturelle Schwäche. Dabei muß berücksichtigt werden, daß eine wachsende Zahl der Unternehmen mit dem Großkapital zusammenarbeitet, obwohl ein gewisser Anteil kleinerer und mittlerer Betriebe Güter und Dienstleistungen in Konkurrenz zu den öffentlichen und privaten Oligopolen produziert. Im Gegensatz zu diesen Unternehmen stehen die Unternehmen mit Beteiligung des Großkapitals nicht im Widerspruch zu den ökonomischen Notwendigkeiten der spätkapitalistischen Rationalisierung. Und sie können in der Tat ein hohes Maß an Effektivität (und Ausbeutung) erreichen.

Ein weiteres Charakteristikum der italienischen Wirtschaftsstruktur, neben der Tendenz des Staates, Großkapital zu übernehmen und der verzögerten Konzentration des Kapitals, ist der deutliche geographische Dualismus; d.h. die anhaltende Unterentwicklung weiter Regionen, vor allem im Süden und auf den Inseln. Dieses Nord-Süd-Gefälle war und ist weiterhin verantwortlich für die enorme inländische Wirtschaftsemigration und die daraus erwachsenden sozialen Spannungen, nicht nur wegen des psychologischen Problems der Anpassung an unterschiedliche kulturelle Umgebungen sondern auch aufgrund schwerwiegender Mängel innerhalb der Infrastruktur an den Polen der industriellen Entwicklung. Es ist kein Zufall, das die jüngst wiedererwachte Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse seine Hauptprotagonisten in den jungen, nach Norden zugewanderten Arbeitern gefunden hat und nicht in der einheimischen Arbeiterklasse, obwohl letztere weit stärker gewerkschaftlich organisiert ist. Und es ist ebenso kein Zufall, sondern

vielmehr die Konsequenz aus der ökonomischen Dominanz des Nordens über den Süden, daß der Süden die Flamme der Revolte wieder entfacht hat.

Die strukturellen Schwächen der italienischen Wirtschaft (verzögerte Kapitalkonzentration, strenger Dualismus zwischen Nord und Süd, geringe Produktivität im öffentlichen Sektor, die außerordentliche Belastung durch eine übergroße staatliche Verwaltung und die schwerfällige Struktur der oft überflüssigen Sozial- und Wohlfahrtsorganisationen) führten bald zum Ende des Wirtschaftsbooms, der nach dem zweiten Weltkrieg eingesetzt hatte. Dieser ökonomische Aufschwung basierte hauptsächlich auf der Überausbeutung der menschlichen Arbeitskraft (das Lohnniveau wurde niedriger gehalten als in anderen Industrienationen), ohne daß er von einer technischen oder finanziellen Weiterentwicklung begleitet gewesen wäre. Allerdings wurde die Hauptursache für das „italienische Wunder" durch den Ende der 60er Jahre einsetzenden Arbeitskampf beseitigt, der eine Anhebung der Löhne auf europäisches Niveau zur Folge hatte. Das Zusammentreffen dieser eigenständig italienischen Entwicklung mit der allgemeinen internationalen, zyklischen Wirtschaftskrise und dem gewaltigen Preisanstieg für diejenigen Rohstoffe, die in Italien nicht vorhanden sind (all dies im nationalen Kontext schwerwiegender Fehlplanungen, d.h. der Unfähigkeit der Regierung, eine unbürokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik durchzuführen), führte zu einer Krise, die, was ihr Ausmaß, ihre Folgen und ihre Dauer angeht, seit den 30er Jahren keine Parallelen hat. Nach der Logik dieses Systems, das auf Ausbeutung basiert und sich im Einklang mit den ökonomischen Mechanismen des Spätkapitalismus befindet, trifft diese Krise den Arbeiter in Gestalt der Arbeitslosigkeit und Inflation. Diese Probleme können wiederum nur durch zusätzliche Eingriffe des Staates in die Wirtschaft gelöst werden, d.h. durch eine weitere Umwandlung von kapitalistischer in technobürokratische Macht.

13. Italien: Die Klassenstrukturen

In der komplizierten Mischung aus nach- und vorindustriellen Elementen, Früh- und Spätkapitalismus, die die soziale und ökonomische Realität Italiens kennzeichnen - eines Landes, das als eines der reichsten unter den armen europäischen Ländern (Spanien, Portugal und Griechenland) und gleichzeitig als ärmstes unter den reichen europäischen Ländern gelten kann -, in dieser Mischung sozialer Klassen, Gruppen und Schichten mit unterschiedlichen Arten der Produktion und Übergangsformen müssen die beiden Klassen der Bourgeoisie und der Technobürokratie deutlich getrennt von-

einander betrachtet werden.

Die Bourgeoisie setzt sich aus etwa 200 000 Kapitalisten mit großen und mittleren Unternehmen samt ihren Familien zusammen. Die Technobürokratie, die zahlenmäßig etwa gleich stark vertreten ist, sind die Bosse der staatlich kontrollierten Industrien und Verbände, die Politiker, die Gewerkschaftsbonzen und die Manager jener Gesellschaften, an denen der Staat beteiligt ist. Hinzu kommen noch die Manager der großen und mittleren Privatunternehmen. Die absolute und relative Stärke der Technobürokratie ist das Ergebnis des „italienischen Modells" der ökonomischen Entwicklung und der bedeutenden Präsenz fremden Kapitals, das in den multinationalen Konzernen vereinigt ist. Paradoxerweise hat Italien somit an der Spitze der Gesellschaftspyramide eine größere technobürokratische Klasse hervorgebracht als andere westliche Länder mit einer weiterentwickelten Wirtschaft.

Die Mittelschicht reproduziert die Spaltung in Bourgeoisie und Technobürokratie ihrerseits in seiner Spaltung in ein **Kleinbürgertum**, das ungefähr vier Millionen Menschen umfaßt, sowie in eine **Kleintechnobürokratie**, die etwa drei Millionen Angehörige zählt. (Zum Kleinbürgertum werden die Kleinunternehmer in Industrie, Landwirtschaft und im Dienstleistungsgewerbe sowie die Mehrzahl der Akademiker gerechnet, abgesehen von einer Minorität, die aufgrund ihrer Funktion und ihres Einkommens zur herrschenden Klasse gezählt werden kann; die Kleintechnobürokratie wiederum umfaßt vor allem die Techniker, die qualifizierten Büroangestellten, öffentliche und private Führungskräfte, die keine direkten Managementfunktionen ausüben, die Offiziere im Heer, die Lehrer sowie die Mitglieder des Partei- und Gewerkschaftsapparates.)

Am unteren Ende der sozialen Pyramide stehen die ausgebeuteten Klassen. Sie setzen sich aus einem städtischen und ländlichen Proletariat im engsten Wortsinne (manuelle Lohnarbeit) zusammen mit etwa 9,5 Millionen Angehörigen. Hinzu kommen etwa eine Million Büroangestellten mit reinen Exekutiv- bzw. Routineaufgaben, einige Millionen „selbständige" Berufsgruppen (untere Schichten von Handwerkern, Kleinbauern und Geschäftsleute ohne eigene Angestellte), die de facto ebenfalls Handarbeiter sind, und schließlich noch mehr als eine Million Subproletarier, d.h. Gelegenheitsarbeiter, Hausgehilfen, sozial Ausgestoßene, Aussteiger usw.

In Italien besteht eine große Ungleichheit hinsichtlich des Einkommensniveaus. Selbst wenn man die Superreichen (den oberen Teil der herrschenden Klasse) und die sehr Armen (das Subproletariat, das vor allem im Süden und auf den Inseln stark vertreten ist) nicht berücksichtigt, beträgt das mittlere Einkommen in der herrschenden Klasse das Zehnfache vom Durchschnittseinkommen der ausgebeuteten Klassen.

Die soziale Dynamik führte in den letzten fünfzig Jahren zu einem stetigen Zuwachs in den Reihen der Technobürokratie und ihrer Basis in der Mittelschicht, und zwar sowohl absolut als auch

prozentual auf Kosten der Bourgeoisie und deren kleinbürgerlicher Basis. Innerhalb der ausgebeuteten Klassen ist hauptsächlich ein Zuwachs an niederen Büroangestellten zu verzeichnen. In den kommenden Jahren wird wahrscheinlich die Zahl der Technobürokraten leicht, die der niederen Kleintechnobürokraten stark ansteigen, während sich parallel dazu die Zahl der Kleinbürger und unabhängigen Berufsgruppen verringern wird. In allen Klassen gibt es einen Rückgang im primären Sektor (Landwirtschaft) zugunsten des sekundären und tertiären Sektors (Industrie und Dienstleistungen), wie dies in der Tat typisch ist für die industrielle bzw. postindustrielle Entwicklung.

14. Italien: Politik und Institutionen

Wie in allen Staaten manifestiert sich auch in Italien der Entwicklungsprozeß des Spätkapitalismus zur Zeit in einer parlamentarischen Demokratie. Wiederum typisch für den Spätkapitalismus liegt die meiste Macht in Exekutiv- und Regierungsinstitutionen, die beide nicht Gegenstand der Wahlen sind.

Die Art, wie diese Institutionen funktionieren (Normen, Vorschriften, Gewohnheiten, Privilegien usw.), ist ganz genau die gleiche wie unter dem Faschismus. Dies ist nicht nur deshalb so, weil die führenden Köpfe dieser Organisationen die gleichen sind wie unter dem Faschismus, sondern auch und vor allem weil der Staatsaufbau (abgesehen von der typischen italienischen Ineffektivität, die aber kurierbar ist) primär funktionell darauf ausgerichtet ist, einen dynamischen Kompromiß zwischen den alten und den neuen Bossen zu praktizieren. Dieser Kompromiß fand zuerst seinen Ausdruck im Faschismus und dann in der Republik unter den Christdemokraten.

Abgesehen von der Abdankung des Parlaments als höchster politischer Institution zeigt uns der italienische Staat noch ein anderes typisches Charakteristikum des Spätkapitalismus: seine fortschreitende Tendenz zum Totalitarismus. Der Staat neigt dazu, in alle sozialen Funktionen einzugreifen, in erster Linie um sie zu regulieren und später dann zu absorbieren. Er versucht, in alle Bereiche sogar des privaten Lebens (für den totalen Staat existiert das Wort **privat** nicht) einzugreifen und tut dies auch tatsächlich. Der faschistische Staat war offen totalitär, der nachfaschistische Staat ist de facto totalitär. Der Prozeß der Identifikation von Staat und Gesellschaft hat nach dem Krieg wieder eingesetzt, zwar in einer weniger folkloristischen Weise, dafür aber um so perfider, und zwar sowohl auf institutioneller als auch auf ideologischer Ebene.

Mit dieser Einmischung in den Privatbereich und der Verstär-

kung des Apparates zur repressiven Kontrolle und psycho-ideologischen Dauerbeeinflussung tendiert der Staat offensichtlich dazu, die persönliche und kollektive Freiheit zunehmend zu begrenzen, und zwar mehr **de facto** als **de jure**. Dabei spielt es keine Rolle, welche Form die italienische Politik kurz- oder mittelfristig annimmt; und damit soll auch nicht gesagt sein, daß vom revolutionären Standpunkt aus die politische Form völlig unwesentlich ist. Wesentlich ist für uns die Form des Spätkapitalismus im heutigen Italien und seine möglichen Formen in der nahen Zukunft. Denn für jede bestehende Form gibt es eine spezielle Mischung aus erzwungenem Gehorsam und erpreßter Zustimmung, verschiedenen Abstufungen zwischen Toleranz und Repression gegen Dissidenten, unterschiedliche Maßnahmen gegen **nicht integrierte** Mitglieder der Gesellschaft und somit für die Anarchisten verschiedene Formen der Propaganda, Agitation und Organisation (die das weite Spektrum zwischen der Legalität und Illegalität umfassen).

Theoretisch ist eine ganze Anzahl politischer Variationen in Italien möglich, soweit es die soziale und ökonomische Politik im Spätkapitalismus betrifft: von der **Sozialdemokratie** (im weitesten Sinne von demokratisch und reformistisch) bis zum **Faschismus** (im weitesten Sinne von autoritär und reformistisch), vom skandinavischen bis zum chilenischen und vom amerikanischen bis zum französischen Modell usw., kurz, der Westen bietet ein breites politisches Spektrum. In der Praxis hingegen scheint es für Italien nicht viele **mögliche** Alternativen zu geben, und die wenigen, die es gibt, sind alle sozialdemokratischer Natur.

15. Der lange Marsch der PCI

Die Besonderheit des italienischen politischen Systems - und somit seiner möglichen Weiterentwicklung im Vergleich zu anderen westlichen sozialdemokratischen Modellen -, ist die Existenz einer sehr starken, reformistischen kommunistischen Partei. Auf die eine oder andere Weise müssen die italienischen Politiker dem Rechnung tragen.

Die **PCI**, die Kommunistische Partei Italiens, ist eine proletarische Massenpartei, die fest mit einem Drittel aller Wählerstimmen rechnen kann und die wichtigste Gewerkschaft (vermutlich ist die italienische Metallarbeitergewerkschaft FLM gemeint, d.Hg.) kontrolliert. Sie verfügt über die absolute Mehrheit in vielen kommunalen, provinzialen und regionalen Parlamenten, besitzt oder kontrolliert Aktiengesellschaften und Genossenschaften und hat einen gewaltigen Einfluß auf die Kultur. Sie ist eine Partei, die seit dreißig Jahren mit großem Geschick eine langfristige Strategie verfolgt und tatsächlich bereits einen Teil der Macht

besitzt.

Nahezu dreiviertel der Legislaturen zwischen 1948 und 1968 hatten die Zustimmung der PCI, die daher nicht als systemkritische Partei (d.h. revolutionäre Partei) angesehen werden kann, sondern vielmehr als eine feste Stütze des Systems betrachtet werden muß.

Gegen Ende der 60er Jahre schien nach einem Jahrzehnt der Vorbereitung ein „versöhnlicher Dialog" zwischen Kommunisten und Katholiken in Gestalt einer Mitte-Links-Regierung unmittelbar bevorzustehen. Aber der **lange Marsch** der italienischen Kommunisten wurde durch die USA gestoppt, die ein großes ökonomisches und strategisches Interesse an Italien besitzen. Dies erfolgte durch eine sehr großzügige Finanzierung der sog. **partito amerikano** (die pro-amerikanische Parteienkoalition von Christ- und Sozialdemokraten), eine Rückkehr zur Politik der Spannungen, eine Spaltung der Sozialdemokraten sowie durch andere politische und finanzielle Methoden, die bis zur direkten Erpressung reichten.

Die sich zuspitzenden und zunehmend gefährlicher werdenden sozialen, ökonomischen und politischen Widersprüche, das neue Scheidungsgesetz und das Ergebnis der Regionalwahlen vom 13. Juni 1975 (die u.a. deutlich machten, daß der Mittelstand von den Christdemokraten zur PCI überlief), leiteten den Zusammenbruch der christdemokratischen Regierung ein und vergrößerten damit erheblich die Chancen der PCI, doch noch einen Zipfel der Macht zu erhaschen. Darüberhinaus machte die PCI, um den Widerstand der USA und ihrer „italienischen Statthalter" zu beseitigen, politische Konzessionen, indem sie ihre „Öffnung nach Westen" - so z.B. in der Bejahung der NATO - betonte und damit garantierte, daß es in Italien mit großer Sicherheit nicht zu einer „chilenischen Situation" kommen wird.

Die wahrscheinlichste politische Zukunftskonstellation ist ein **italienischer Weg zum Reformismus**, der nur über die PCI führen kann, da eine starke sozialdemokatische Partei in diesem Land fehlt. Dies ist entweder möglich in Form einer **linken Alternative** (in der Kommunisten und Sozialisten die Regierung bilden) oder als **historischer Kompromiß** (zwischen Christdemokraten und Kommunisten). Aufgrund des Organisationsdefizites und der teilweisen strukturellen Unterentwicklung in den Bereichen von Produktion und Distribution sowie aufgrund des ökonomischen Nord-Süd-Gefälles ist eine gründliche Wirtschaftsplanung für Italien ebenso wie für alle anderen spätkapitalistischen Länder unumgänglich. Eine solche Planung kann nur in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, (den Managern und Kontrolleuren des Arbeitskampfes) erstellt werden. Von Gewerkschaften zu sprechen bedeutet aber im heutigen Italien, von der PCI zu sprechen.

Selbstverständlich ist dies nicht die einzige **wahrscheinliche** Hypothese für den zukünftigen Weg der italienischen Politik. Aber unserer Meinung nach sind ihre Chancen der Realisierung am größ-

ten. Die Hypothese impliziert einen Veränderungsprozeß des Staates im autoritären Sinne. Dieser wird sich parallel zum weiteren Abdriften der PCI nach rechts kontinuierlich und in demokratischen Formen vollziehen. Diese Annahmen führen uns zur Begründung einer revolutionären Strategie.

16. Links von der PCI

Der anhaltende Rechtstrend der PCI, der in den letzten Jahren sehr deutlich alle Spuren revolutionärer Rhetorik und Mythologie getilgt hat, hat der Linken zunehmend mehr Freiraum gegeben. Die marxistisch-leninistischen Kaderorganisationen (revolutionäre Kleinstausgaben der PCI) waren in der Protestbewegung der Studenten und im gleichzeitig wiedererwachten Kampf der Proletarier aktiv. Da eine anarchistische bzw. libertäre Bewegung nicht existierte, bedienten sie sich in ihrer Propaganda des Instrumentariums des Anarcho-Syndikalismus.

Objektiv gesehen spielten diese Marxisten-Leninisten aber eine widersprüchliche Rolle, indem sie einerseits Verwirrung in die Reihen der PCI brachten, ihr andererseits aber einen großen Dienst erwiesen. Ihr unfreiwilliger Dienst an der PCI bestand darin, daß sie ihr einen „extremistischen Anstrich" verliehen (was die PCI gleichzeitig in die Lage versetzte, ihre Mäßigung und ihren Reformismus herauszustellen) und ihr einen „Abenteuerspielplatz" für jugendliche Rebellen zur Verfügung stellte, die früher oder später dann in den Armen der gemäßigten PCI landeten. In der Tat konnte die Jugendorganisation der PCI, die Föderation der Kommunistischen Jugend Italiens, in den letzten Jahren wieder ein Wachstum verzeichnen. In ihren Reihen fanden sich all jene, die von außerparlamentarischen Experimenten enttäuscht waren.

Der gleiche Vorgang läßt sich seit 1968, verstärkt seit 1969 links von den Gewerkschaften beobachten, als ein Freiraum für Aktionen (wilde Streiks, Sabotage usw.) und außergewerkschaftliche Organisationen (z.B. die **C.U.B.**, die Basis-Einheits-Komitees in den Betrieben) entstand. Im Gegesatz zur PCI unternahmen die Gewerkschaften effektivere und intensivere Maßnahmen, um die „verlorenen Schafe" wieder in die eigene Herde zurückzuführen. Es ist weitaus ungefährlicher, den Studenten Freiraum für ihren „Ungehorsam" zu geben als den Arbeitern. Die Studentenrevolte war ursprünglich eine Revolte gegen die Autorität und wurde getragen von einem tiefen Gefühl des Unbehagens gegenüber den verkrusteten Strukturen im Ausbildungsgang, die den Anforderungen der hohen Studentenzahlen und der veränderten Technologie mit ihren neuen Aufgaben und Funktionen nicht gerecht wurden. Die Bewegung selbst enthielt keine echten revolutionären Anlagen, was sich aus ihren

funktionalen Perspektiven (als Mitglieder der Kleintechnobürokratie) und den daraus resultierenden Klasseninteressen ergibt. Derselbe Emotionsgehalt der Revolte aber führt zu ganz anderen Ergebnissen, wenn er in der Realität der ausgebeuteten Klassen zur Wirkung kommt. Abgesehen von allen anderen Aspekten wird das System durch eine Arbeiterunruhe weitaus stärker erschüttert als durch eine Studentenunruhe. Aufgeschreckt durch die Erkenntnis aus dem **heißen Herbst** 1969, die Kontrolle über das Proletariat verloren zu haben, zeigten sich die Gewerkschaften schnell bereit, sich den Wünschen der Basis nach direkter Demokratie anzupassen. Sie bewiesen dabei eine erstaunliche Elastizität und die Fähigkeit, die meisten der außergewerkschaftlichen Arbeiterzusammenschlüsse und Betriebskomitees zurückzuerobern und wieder einzugliedern. Die Gewerkschaften benutzten sie als Sensoren für die Stimmung im Proletariat und gleichzeitig als Instrumente zur Manipulation dieser Stimmung.

Die starke Bestätigung der PCI in den Regionalwahlen vom 15. Juni 1975 überraschte die marxistisch-leninistischen Miniparteien, von denen drei ihre eigenen Wahllisten aufgestellt hatten. Als Konsequenz schwenkten die **Avanguardia Operaia** (Proletarische Avantgarde) und die **P.D.U.P.** (Vereinigte Demokratische Arbeiterpartei) rasch nach rechts in die Richtung der PCI und bilden heute deren externen linken Flügel. Im Gegensatz zu diesen beiden kehr-te die dritte der außerparlamentarischen Organisationen, die **Lotta Continua** (Der Kampf geht weiter), zeitweise zur Position der **linken Subversion** zurück.

Grundsätzlich kann gesagt werden, daß die Marxisten-Leninisten, indem sie die unechten revolutionären Gefühle des traditionellen, autoritären Sozialismus wiedererweckten, keine eigenständige Alternative zur PCI und den bürokratischen Gewerkschaften bilden. Lediglich der Anarchismus ist in der Lage, ernsthafte und schlüssige Aussagen über den Kampf der heutigen Ausgebeuteten zu treffen, indem er sich sowohl gegen die alten als auch gegen die neuen Bosse wendet. Allein der Anarchismus besitzt das theoretische und praktische Rüstzeug zur Interpretation und Bekämpfung des technobürokratischen Evolutionsprozesses und zur Organisierung des revolutionären Widerstandes gegen das Gesamtsystem, eines Widerstandes, den die PCI immer schlechter repräsentieren kann, da sie selbst immer mehr zum Bestandteil dieses Systems wird.

17. Die revolutionäre Entscheidung

Das anarchistische Konzept ist revolutionär, da die Errichtung einer auf Gleichheit und Freiheit beruhenden Gesellschaft nur

durch eine Revolution möglich ist, d.h. über eine mehr oder weniger gewaltsame historische Phase der schnellen und fundamentalen ökonomischen, politischen und ethischen Veränderungen.

Die revolutionäre Entscheidung ist unumgänglich, da die Revolution ein notwendiges Stadium für **jede** grundsätzliche Gesellschaftsveränderung darstellt. Tatsächlich ist die Revolution nicht nur deshalb notwendig - oder besser unvermeidbar -, weil die herrschende Klasse mit Gewaltanwendung versucht, den Verlust ihrer Privilegien zu verhindern, sondern auch weil nur durch die Revolution der allgemeine Wille nach radikalen Änderungen seinen Ausdruck findet, die Minderheit zur Mehrheit werden kann und die ausgebeuteten Massen zur bestimmenden historischen Kraft werden.

Es sind nur bestimmte Zeiten, in denen die „Selbstverständlichkeiten" des Alltags ihre Bedeutung verlieren und in denen das traditionelle Wertsystem und die Institutionen der Macht ihres geheiligten Charakters entweiht werden. Nur in diesen Momenten der Krise beginnen sich Risse in der wirklichen Basis der Macht zu zeigen, einer Basis, die sich in der passiven Duldung durch die Massen manifestiert. Es sind Zeiten, in denen das psychologische Machtfundament der Bosse sowohl bei den Einzelnen als auch bei den Massen brüchig zu werden beginnt. Diese Macht der Bosse beruht auf charakteristischen Verhaltensweisen und einer mystifizierenden Ideologie, die den Ausgebeuteten und Entrechteten von Geburt an eingeimpft wird. Daher kennt die Geschichte der Menschheit die **revolutionäre Krise** stets nur als Endpunkt einer vorangegangenen evolutionären Periode und aus demselben Grunde auch als Ausgangspunkt für zukünftige Evolutionen.

Die revolutionäre Phase ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Freisetzung jener egalitären und libertären Tendenzen sowie zur Entfaltung der kreativen Volksenergie, wie sie von den Anarchisten schon immer angestrebt und propagiert wurde. Und es ist wichtig, daß sie in jeden Bereich der sozialen Beziehungen getragen wird und dort die **aktive, freiwillige** und **bewußte Beteiligung** einer möglichst großen Anzahl von Frauen und Männern findet.

18. Klassenkampf und Revolution

Das anarchistische Konzept der Revolution leitet aus dem Klassenkampf der Ausgebeuteten die Gewissheit ab, daß die Revolution nicht nur möglich sondern auch realisierbar ist. Die universelle Existenz des Klassenkampfes in allen hierarchischen Gesellschaftsformen macht deutlich, daß die **soziale Ungleichheit** nicht natürlich ist. Lediglich die Mittel der Macht (seien es psychologische oder direkt physische) gewährleisten den Fortbestand der

Hierarchien. Eine weitere Gewissheit erhalten wir aus der Beobachtung der Form dieses Konfliktes zwischen Herrschenden und Beherrschten. Wir sehen nämlich überall, daß die Sklaven, Leibeigenen, Lohnarbeiter und alle anderen Ausgebeuteten und Geknechteten aller Systeme eine beharrliche Tendenz zeigen, die objektiven Bedingungen ihrer Klassenexistenz zurückzuweisen.

Dies zeigt **objektiv**, daß die emanzipatorischen Bestrebungen nur durch die Abschaffung der Klassen , d.h. durch die Umwandlung der Gesellschaft in eine Form, die auf Gleichheit beruht, ihr Ziel erreichen können. In der Tat finden wir in der Geschichte der Revolutionen und Aufstände zahlreiche Beispiele, die Zeugnis davon ablegen, daß die ausgebeuteten Massen, wann immer sie die Möglichkeit hatten, eine Gesellschaft nach eigenen Vorstellungen aufzubauen, sie dies unter den Gesichtspunkten von Gleichheit und Freiheit taten.

Ein drittes Element, das in der Geschichte des Klassenkampfes deutlich wird, finden wir in den praktischen Beispielen der volkstümlichen **Utopien**, die von Zeit zu Zeit auftreten. Obwohl sie zumeist einen nur fragmentarischen Charakter haben, zeigen sie durch ihre eindeutig libertär geprägte Kreativität, wie sich die ausgebeuteten Massen ihre kollektive Emanzipation vorstellen. Der Anarchismus erwuchs aus dem uralten Verlangen nach Gleichheit und Freiheit, und er faßte die objektiven Bestrebungen der Ausgebeuteten in ihren charakteristischen Merkmalen zu einem System von Ideen und Aktionen zusammen, das bislang den höchsten Stand an revolutionärer Theorie und Praxis repräsentiert. Dennoch sind der Klassenkampf und der revolutionäre Kampf der Anarchisten nicht identisch. Zum einen kann der Klassenkampf auch im Reformismus seinen Ausdruck finden, und dies ist gewöhnlich die Form, die er in nichtrevolutionären Perioden annimmt. Zum anderen erschöpft sich der soziale Konflikt nicht ausschließlich im Klassenkampf, sondern äußert sich zusätzlich noch in Revolten, die ihren Ursprung in sozialen Ungleichheiten und Herrschaftsverhältnissen haben, aber nicht **direkt** klassenbezogen sind: sexuelle, ethische, ethnische usw. Alle diese Revolten haben - wenn auch nicht vollständig und zwingenderweise - parallel zum Klassenkampf ein auf Gleichheit ausgerichtetes gemeinsames Grundmuster. Aus all diesen Rebellionen und Empörungen der Einzelnen leitet der Anarchismus neue Theorien und praktische Konsequenzen ab, um so diese Bewegungen für eine teilweise Emanzipation in das revolutionäre Programm für die allgemeine Emanzipation zu intergrieren.

Nur mit diesem durchdachten und organisierten Programm und mit Hilfe dieser Integration ist es möglich, die **revolutionären Energien** des Klassenkampfes freizusetzen. Außerhalb dieser **Möglichkeiten** gibt es lediglich die historische Realität der kontinuierlichen Veränderung der Formen von Ausbeutung und Unterdrückung, in denen der Klassenkampf der Ausgebeuteten keine „Geschichte machen" kann. Das heißt, daß der Klassenkampf dann nicht zu einer

strukturellen Veränderung führen kann, es sei denn zum Vorteil einer neuen herrschenden Klasse, für deren verschleierte Interessen die unterdrückten Massen nur wieder das Werkzeug bilden. In Italien bedeutet dies auf die nahe Zukunft bezogen, daß der Klassenkampf der Unterdrückten wohl oder übel den Interessen der **Technobürokraten** dienen wird, und zwar solange, bis die libertäre Revolution unter diese Entwicklung einen Schlußstrich zieht.

19. Die libertäre Revolution

Wir sprachen von **libertärer** Revolution anstatt von **anarchistischer** Revolution oder einfach nur von **Revolution**. Wir glauben weder an eine rein anarchistische Revolution noch an den Nutzen einer Revolution als solcher. Nach fünfzig Jahren historischer Revolutionserfahrungen (Rußland, Spanien, China, Kuba usw.) ist es offensichtlich, daß **erstens** die **Entfaltung populärer egalitärer und libertärer Tendenzen** ein kurzlebiges Phänomen ist, es sei denn, es gelingt ihnen, sich in angemessenen Organisationen zu artikulieren; und **zweitens** wird deutlich, daß der **Staatssozialismus** keinen Fortschritt auf dem Weg der Emanzipation der Menschheit darstellt. Gleichzeitig glauben wir nicht, daß die Anarchisten genügend Stärke und ihre Ideen genügend Einfluß haben werden - auch wenn der Anarchismus selbst an Qualität und Quantität gewinnt -, um die revolutionäre Umwälzung eindeutig prägen zu können. Andere Kräfte werden sich am revolutionären Prozeß beteiligen. Dennoch muß von Anfang an die Präsenz der Anarchisten die Ausrichtung der Revolution auf **Freiheit** und **Gleichheit** garantieren: durch die Zerstörung des Staatsapparates, die Abschaffung des Privateigentums, die Schaffung von Basisorganisationen der Arbeiterselbstverwaltung und die direkte Demokratie. Die übrigen revolutionären Komponenten dürfen jedoch nicht so stark werden, daß sie das Entstehen der Arbeiterselbstverwaltung, die direkte Demokratie sowie das revolutionäre Experiment verhindern können bzw. der vielfältigen und dezentralen Entwicklung im Wege stehen.

Diese Revolution, die libertäre soziale Revolution, die einzige Form der Revolution, für die es sich lohnt, Bestehendes zu opfern, entsteht aus dem Zusammentreffen günstiger Bedingungen. Und es ist das Ziel der Anarchisten, solche Bedingungen zu schaffen.

Einige dieser Bedingungen sind **subjektiver**, andere **objektiver** Natur, d.h. in dem einen Fall sind sie vom Willen des **revolutionären Subjektes**, in dem anderen von **äußeren Faktoren** abhängig. Zu den äußeren zählen diejenigen, die jede Art von Revolution begünstigen: ökonomische Krisen, Kriege, Konflikte zwischen dominierenden sozialen Gruppen, eine beträchtliche Schwächung oder Auflösungserscheinungen der Macht usw. Die Geschichte der Revolutio-

nen gibt uns zahlreiche Beispiele für diese objektiv günstigen Bedingungen. Soweit sie aber nicht direkt oder voraussagbar durch die revolutionäre Bewegung beeinflußbar sind, gehören sie nicht zu den spezifischen Angriffspunkten der anarchistischen Aktivität. Die notwendigen subjektiven Bedingungen für die libertäre soziale Revolution lassen sich schematisch beschreiben als:

1. die größtmögliche qualitative und quantitative Entfaltung der anarchistischen Bewegung;
2. die organisierte libertäre Präsenz im sozialen Konflikt;
3. die größtmögliche Verbreitung eines kritischen Bewußtseins und des Geistes der Revolte gegen die Autorität.

Wenn wir von der **größtmöglichen** Entwicklung sprechen, dann wollen wir damit betonen, daß einerseits in einer nichtrevolutionären Periode der revolutionären Militanz und der Annahme, ja sogar dem Verständnis der anarchistischen Ideologie und ihrer Umsetzung in die libertäre Praxis enge Grenzen gezogen sind. Andererseits wollen wir ebenso betonen, daß dieser (ideologische) „Sättigungsgrad" notwendig ist, wenn überhaupt eine Möglichkeit bestehen soll, daß die Revolution eine anarchistische Ausrichtung bekommt, d.h. wenn die natürlichen Tendenzen der Ausgebeuteten die Chance haben sollen zu erwachen, sich zu organisieren und sich kontinuierlich zu entfalten in progressiven Formen der Freiheit und Gleichheit.

Es ist das strategische Ziel der anarchistischen Aktion, diese **subjektiven Bedingungen** zu schaffen, wobei diese sich weder quantitativ noch zeitlich einordnen lassen. Die notwendige Zeit für die optimale Entwicklung der subjektiven Bedingungen der libertären Revolution (und die Wahrscheinlichkeit, sie in dem zur Verfügung stehenden Zeitraum auch zu erreichen), ist von so vielen Variablen abhängig, daß Voraussagen lediglich den Optimismus oder Pessimismus einer persönlichen Meinung repräsentieren. Wir können daher nur feststellen, daß - so wie der Stand der Dinge ist - wir noch einen langen Weg vor uns haben und die zu leistende Arbeit überwältigend ist.

20. Mittel und Ziele

Wir können eine Reihe von objektiven Zwischenstufen aufzeigen, die die revolutionäre Strategie als eine kontinuierliche Konstruktion der revolutionären Zielsetzungen definieren, d.h. die beständige Schaffung subjektiver Bedingungen beinhalten, die die libertäre soziale Revolution begünstigen. Die Mittel und die Ziele sind identisch, und die Ausweitung der einen Komponente entspricht einer stufenweisen Annäherung an die andere Komponente.

Es läßt sich nicht leugnen, daß **alle** revolutionären Werte, die in den Tausenden von Kämpfen der Ausgebeuteten und Unterdrückten errungen wurden, bestenfalls in geringfügigen sozialen Verbesserungen, einem minimalem Zugewinn an Freiheit sowie in der Wahrung des bereits Errungenem sich erschöpften. Tatsächlich ist es zumeist der anarchistischen Präsenz in den sozialen Konflikten zu verdanken, daß die revolutionären Bedingungen reifen konnten. Es läßt sich ebenfalls nicht bestreiten, daß alle diese Kämpfe unabhängig von ihrer Bedeutung für die revolutionäre Zielsetzung, **rechtlich** von großer Bedeutung für die unteren Klassen sind, und es wäre albern, von ihnen verlangen zu wollen, darauf zu verzichten, jetzt und hier ihre Lebensbedingungen ein wenig zu verbessern. Aber dennoch glauben wir nicht, daß die Teilerfolge aus diesen Auseinandersetzungen sich so summieren können, daß sie uns der Revolution **objektiv** näher bringen.

Die Teilnahme der Anarchisten an diesen Kämpfen ist in dem **subjektiven Wert** (d.h. in der sozialen Reifung ihrer Protagonisten) begründet, den diese Kämpfe haben können, besonders wenn sie Ziele verfolgen und sich dabei solcher Methoden bedienen, die **tendenziell** auf Gleichheit und Freiheit ausgerichtet sind. So haben z.B. die Anstrengungen der Arbeiter, die Ungleichheit am Arbeitsplatz zu verringern, nur insofern einen Wert, als die Ausgebeuteten dadurch ein wachsendes Gespür für Solidarität und Einheit entwickeln; nicht aber darin, daß sie wirklich zu einer schrittweisen Beseitigung der Ungleichheit führen würden, wie es den objektiven Interessen der Arbeiter entspräche. Denn in einem System, das auf Ausbeutung beruht, existieren eng definierte Grenzen, die der Verringerung der Ungleichheit gesetzt sind. Daher hat der Kampf um mehr Freiheit nur insoweit einen Wert, als er die Rebellion der Unterdrückten gegen die Autoritäten vergrößert. Der Staat kann es sich nicht leisten, seinen Bürgern uneingeschränkte Freiheit zu gewähren. Und in der Tat sind in formalen „Demokratien" wie Italien die meisten Kämpfe um Freiheit zumeist nur Anstrengungen, die bestehenden Freiheiten gegen Übergriffe durch die Macht zu verteidigen. Da der Staat in entwickelten Industriegesellschaften die Tendenz zum Totalitarismus hat, werden diese Kämpfe einen zunehmend defensiven Charakter annehmen.

Es wäre Selbstbetrug oder eine paradoxe Form des Reformismus, sich einreden zu wollen, daß diese Bestrebungen und Kämpfe einen wahrhaft revolutionären Wert haben könnten. Da diese Bestrebungen und Kämpfe nur in Teilbereichen und auch dort nur begrenzt zur Geltung kommen, müssen sie einen zwangsläufig reformistischen Charakter haben; entweder werden sie integriert oder zurückgeführt bzw. umgeleitet in die Dynamik des Spätkapitalismus. Aber das erworbene Bewußtsein und das Wachstum von Organisationen außerhalb der staatlichen Institutionen, also all das, was sich aus der libertären Form des Kampfes ableitet, macht diese Auseinandersetzungen für die Anarchisten bedeutsam. So bringen die Errun-

genschaften, die durch Arbeiterselbstverwaltung und direkte Aktion erkämpft werden, die libertäre Revolution näher, während die gleichen Ergebnisse, wenn sie durch Delegation und hierarchische Organisation erzielt werden, sie nur unwahrscheinlicher machen.

Soweit es die Mittel und Ziele betrifft, ist dies ein klassischer Fall der generellen Übereinstimmung unter den Anarchisten, der nicht nur eine rein moralische Bedeutung hat. Mittel und Ziele stehen in einer kausalen und effektiven Beziehung zueinander und die Wahl der Ziele bestimmt - unabhängig von den Wunschvorstellungen jener, die zu besonderen Mitteln greifen - notwendigerweise auch die Wahl der Mittel. Die These, daß der Zweck die Mittel heilige, ist daher nicht nur idealistisch sondern auch im höchsten Grade mystifizierend. Das genaue Gegenteil ist der Fall: die Mittel rechtfertigen den Zweck, indem sie das Ziel zumindest teilweise schon in sich tragen.

21. Die anarchistische Bewegung

Die Anarchisten sind keine führende Minorität, sondern eher eine bewußte und aktive Minderheit. Sie sind deshalb auch nicht die Avantgarde der Massen, sondern eher ein Teil des revolutionären Ferments **in** den Massen. Die anarchistische Bewegung muß einen theoretischen Bezugspunkt für die Ausgebeuteten bilden. Sie muß das anarchistische Programm (das revolutionär und auf Freiheit und Gleichheit gerichtet ist) in seiner Gesamtheit reflektieren und in all seinen Zusammenhängen und seiner pluralistischen Vielfalt. Wenn wir **Gesamtheit** und **Zusammenhänge** sagen, dann wollen wir damit betonen, daß wir bei jedem Teilerfolg, bei jeder Kurskorrektur und in jeder Konsequenz niemals das eigentliche Endziel aus den Augen verlieren dürfen. Unter **pluralistischer Vielfalt** verstehen wir sowohl den brüderlichen Wettbewerb als auch die Zusammenarbeit, die den Reichtum der anarchistischen Interpretationen, Analysen und organisatorischen Ideen begründen.

Eines der wichtigsten Ziele unserer Aktivität ist es, eine Bewegung aufzubauen, die einflußreich, vielfältig und ernsthaft ist, eine **organisierte** Bewegung, der wir jedoch auf keinen Fall zugunsten einer falschverstandenen **Effektivität** den eigenen Standpunkt opfern würden. Vielmehr sollten anarchistische Organisationen, seien es Föderationen, Gruppen oder andere Vereinigungen, dazu in der Lage sein, etwas **Effektivität** zugunsten des **Zusammenhaltes** aufzugeben, weil sich in ihm letztlich die Stärke des Anarchismus begründet. Nur wenn sie sich der Gefahren der Autorität und Bürokratie bewußt sind, können die Anarchisten in libertären Gruppen das kritische Gewissen gegenüber einer exzessiven Fixierung auf Effektivität verkörpern.

22. Gruppen und Föderationen

Die organisatorische Struktur der anarchistischen Bewegung muß ihrer pluralistischen Natur entsprechen, d.h. sie sollte zu einer Konföderation - formell oder informell - führen. Diese würde sich aus Gruppen mit einem ähnlichen Verständnis des Anarchismus zusammensetzen und aus regionalen und lokalen Föderationen, die Gruppen aus der gleichen Stadt oder Region vereinigen, da diese wahrscheinlich die gleichen Probleme und Konflikte haben. Der föderale Zusammenschluß ist die natürliche Organisationsform des Anarchismus, der bis in den internationalen Bereich reichen sollte.

Aber auf dem Weg zur Föderation ist der fundamentale anarchistische Schritt zur Organisation unserer Meinung nach die traditionelle **Affinitätsgruppe**. Dabei handelt es sich um einen Kern von Militanten, der klein genug ist, um die aktive Teilnahme aller am Prozeß der Meinungsbildung zu gewährleisten und doch groß genug, um einer Vielfalt von persönlichen Erfahrungen und Kämpfen Raum zu geben. Dabei sollte er flexibel in seinen Entscheidungen sein, ohne jedoch die anarchistische Ablehnung des Majoritäts-Minoritätsprinzips preiszugeben. Die charakteristische und grundlegende Besonderheit der anarchistischen Organisationen sind Basisdemokratie und Einstimmigkeit in der Entscheidungsfindung. Deshalb sind es die kleinen Kerngruppen mit vorwiegend allgemeinen und einigen spezifischen Ideen, die aber von allen vertreten werden, die sich in Übereinstimmung mit den anarchistischen Basisprinzipien befinden und dabei gleichzeitig effektiv in der Meinungsbildung und auf operativem Gebiet sind. Die Affinitätsgruppe, wie wir diese Einheit bezeichnen, wird nicht nur durch die Gleichheit der Ideale, sondern auch durch die persönliche Zuneigung unter den Mitgliedern zusammengehalten. Diese Art des Zusammenhalts ist unabdingbar, wenn wir bedenken, daß diese Gruppe keine Geschäftsvereinigung darstellt sondern ein lebendiges, kämpferisches Kollektiv, das einen Großteil unseres Lebens bestimmen wird. Je reicher das Leben in der Bewegung ist, umso dichter und differenzierter wird das organisatorische Netzwerk sein, ein Netzwerk von kurzlebigen oder dauerhaften Gruppen, Föderationen und andere Kerngruppen, die als Kollektive, Komitees oder Zirkel auftreten mögen, mit lokaler oder nationaler Bedeutung. Auch im Medienbereich, vor allem auf dem Gebiet der Presse und der Publizistik allgemein, hat die anarchistische Bewegung schon immer über mehr oder weniger gut funktionierende Instrumente des funktionalen Zusammenhalts und der Verbindung verfügt.

23. Die libertäre Bewegung

Die libertäre Bewegung ist die Gesamtheit nicht nur der anarchistischen Organisationen - möglicherweise befinden sie sich sogar in der Minderheit -, aber alle verfolgen zumindest teilweise die gleichen Ziele mit den gleichen Mitteln wie die Anarchisten. Auch wenn sie den Anarchismus nicht als ganzes akzeptieren, so doch zu einem erheblichen Anteil in seinen antiautoritären und auf Gleichheit ausgerichteten Grundlagen der Theorie und Praxis und dies dann möglicherwiese auch nur auf bestimmten Gebieten und in der Form eines Kompromisses, d.h. einer Vermittlung mit der Realität des sozialen Kampfes.

In den Fabriken, den Kasernen, den Schulen und Universitäten, in der Nachbarschaft usw., wo auch immer Konflikte entstehen und sich die Rebellion gegen die Klassenherrschaft zeigt, dort, wo der Kampf gegen Ausbeutung, Rassismus, Sexismus und gegen die Autorität geführt wird, werden aufgrund der anarchistischen Initiative, häufiger jedoch spontan, libertäre Organisationskeime von mehr oder weniger kurzlebiger Natur entstehen. Die Instrumente der direkten Aktion, die Genossenschaften, die von den Arbeitern selbst kontrolliert werden, die experimentellen Kommunen, die sich als vitale Alternativen zur traditionellen Familie erweisen, die antiautoritären, pädagogischen Versuche, kurz: all diese Basisstrukturen sind die einzelnen Bausteine für das organisatorische Gebäude der libertären Bewegung, in der das, was die anarchistischen Militanten **tun**, zum **Handeln** der Ausgebeuteten werden kann.

24. Die libertären Organisationen

Die Anarchisten sollten in der libertären Bewegung nicht nur aktiv sein, um autonome kämpferische Gruppen zu bilden, sondern auch, um dafür Sorge zu tragen, daß die in ihr vereinigten Gruppen sich auf der Grundlage der Vermittlung des sozialen Kampfes und der geographischen Zusammenhänge verbinden, um so der Isolierung vorzubeugen, die sie zerstören oder in die Institutionen (Parteien, Gewerkschaften usw.) zurückdrängen würden. Die aktive Präsenz der Anarchisten und die Klarheit ihrer Ideen ist in dieser Entstehungs- und Entwicklungsphase wichtig, um alle Rückfälle in hierarchische Strukturen zu verhindern. Natürlich ist es nicht möglich, an libertäre Organisationen dieselben strengen organisatorischen Maßstäbe anzulegen wie an die anarchistische Bewegung. Die Anarchisten müssen sich aber ständig darum bemühen, in diesen Organisationen jedem Entstehen von Hierarchien entgegenzuwirken und eine Einschränkung der Autonomie des Kampfes, d.h. der direk-

ten Demokratie zu verhindern. Im sozialen Kampf und im Aufbau libertärer Organisationen sollten die Anarchisten **einheitlich** vorgehen und sich stets darüber im Klaren sein, daß das, was sie voneinander unterscheidet, weniger wichtig ist als das, was sie miteinander verbindet. In der Tat wäre es ein sinnloses Unterfangen, auf der Ebene der libertären Organisation die gleiche organisatorische Vielfalt reproduzieren zu wollen, wie sie auf der spezifisch anarchistischen Organisationsebene natürlich und lebendig ist.

Andererseits glauben wir, daß das Verhältnis zwischen der anarchistischen und der libertären Bewegung nicht vollständig institutionalisiert werden darf, und noch weniger sollte es zu einer hierarchischen Beziehung (etwa wie zwischen Partei und Gewerkschaft) führen. Die einzige, aber starke Verbindung zwischen den anarchistischen Gruppen und Föderationen auf der einen Seite und den libertären Organisationen auf der anderen sollte die aktive Präsenz der militanten Anarchisten in den letzteren sein. Der Einfluß, den sie unter ihren libertären Genossen im Kampf erlangen, sollte dem Respekt entspringen, den die Anarchisten bei ihren täglichen Aktionen gewinnen.

25. Der Anarchosyndikalismus

Historisch betrachtet hat sich die libertäre Präsenz in der Bewegung der Industrie- und Landarbeiter bemerkbar gemacht. Seiner Natur entsprechend - als Theorie und Praxis der Emanzipation - mußte der Anarchismus die Selbstschutzorganisationen und den Klassenkampf der Ausgebeuteten unterstützen und er konnte und kann nicht umhin, in den organisierten Manifestationen des Klassenkampfes zum Vorschein zu treten. Die anarchistische Bewegung entstand aus dem antiautoritären Flügel der **Ersten Internationale**. Die bedeutendste und häufigste Form, die der Anarchismus im täglichen Kampf der Arbeiter annehmen kann, ist der **Anarchosyndikalismus**, dank dessen sich in vielen Ländern, wenn auch oft nur für eine kurze Zeit, eine bedeutende libertäre Bewegung entfalten konnte. Kämpferisch, gefürchtet und respektiert ist der Anarchosyndikalismus eine Bewegung, die jener ähnlich ist (in Spanien 1936 vielleicht sogar mit ihr identisch) wie die, von der wir glauben, daß sie die notwendige Voraussetzung für die libertäre Revolution bildet.

Mehr praktischer als theoretischer Natur und mit charakteristischen Unterschieden von Land zu Land zeigte der Anarchosyndikalismus stets zwei Aspekte: er war sowohl libertär als auch revolutionär. Seine Organisationsstrukturen waren so dezentral wie möglich und nahezu ohne Bürokratie. Sein Endziel war die umfas-

sende Emanzipation der Arbeiter, und er war bis in die einzelnen Episoden des täglichen Kampfes präsent, die als einleitende Scharmützel für das „letzte Gefecht" betrachtet wurden.

Ein halbes Jahrhundert nach dem historischen Höhepunkt des Anarchosyndikalismus besitzt er immer noch einen Wert als Grundform der libertären Einflußnahme und als einer der Schlüsselbereiche der libertären Bewegung, die wir aufbauen und entwickeln müssen. Die Probleme des Anarchosyndikalismus müssen gründlich untersucht und neu diskutiert werden. Die Arbeiterbewegung ist nicht mehr dieselbe, da die Arbeiterklasse selbst sich verändert hat. Von einer einst abgedrängten Gesellschaftsgruppe, die somit sowohl kulturell autonom und subversiv als auch grausam ausgebeutet war, entwickelte sich die Arbeiterklasse zu einer mehr oder weniger statistischen Kategorie, die auf dem Weg ist, kulturell integriert zu werden und in einer Form und in einem Ausmaß ausgebeutet wird, die sich leichter tolerieren läßt. Die autoritären und reformistischen Organisationen, die die Arbeiterbewegung vereinnahmt hatten, waren sowohl Ausdruck dieser Klassenevolution als auch seine Katalysatoren.

Doch das letzte Jahrzehnt hat gezeigt, daß die politische und kulturelle Integration der Arbeiterklasse kein irreversibler Prozeß ist. Wir haben gesehen, wie der Kampf gegen das System aus dem Wunsch entstehen kann, die Position der eigenen Klasse **innerhalb** des Systems zu festigen. Und wir haben auch gesehen - vor allem in Ländern mit großen sozialen und ökonomischen Gegensätzen -, wie die Proletarier als Vorkämpfer in einem verschärften sozialen Konflikt dem System selbst gefährlich werden können. Von 1969 bis heute haben die Arbeiter die institutionalisierten Strukturen des Klassenkampfes (die zentralen Gewerkschaften) in unterschiedlichem Maße überwunden, auch wenn sie bisher beim Aufbau alternativer Organisationsstrukturen, von einigen kurzlebigen und isolierten Ausnahmen abgesehen, nicht erfolgreich waren. Unglücklicherweise fehlte in den entscheidenden Jahren, in denen der proletarische Kampf wieder aufflammte, die anarchosyndikalistische Präsenz vollständig. Es gab auch keine starke und qualifizierte anarchistische Bewegung, die fähig gewesen wäre, mit Hilfe eines revolutionären Programms und libertären Strukturen diese kurzlebigen und isolierten Erscheinungen auf der Grundlage eines revolutionären Programms und in libertären Strukturen zu vereinen und so die Zersplitterung der bewußten und militanten Minoritäten zu verhindern. In diesen Strukturen, die nicht **außerhalb** oder **oberhalb** sondern **innerhalb** der Bewegung entstehen sollten, in diesem Kampf gegen die Institutionen, in der **Wiederbelebung** eines libertären und revolutionären Syndikalismus liegt die Garantie für die echte **proletarische Autonomie**.

Wir glauben, daß auch heute in den entwickelten Industriegesellschaften der Anarchosyndikalismus die Möglichkeit hat, Wurzeln zu fassen. Auch wenn er eine Minderheitenbewegung sein wird,

wird er aufgrund seiner Schlagkraft und Beweglichkeit, die den Nachteil seiner geringen Mitgliederzahl im Vergleich zu bürokratischen Gewerkschaften mehr als ausgleichen wird, bedeutsam sein. Besonders anziehend wird sein libertärer Charakter sein, d.h. seine Praxis der Basisdemokratie und der direkten Aktion, die die besten Garanten für eine grundsätzliche Unvereinbarkeit mit den sozialen, politischen und ökonomischen Hierarchien sind und die beste Garantie für seine revolutionäre Natur.

26. Die kulturelle Präsenz

Alle hierarchischen Gesellschaften beruhen nicht nur auf der Repression, sondern vor allem auch auf der Zustimmung der Ausgebeuteten selbst durch ihre Einbindung in das bestehende System der **herrschenden Werte**. Diese Zustimmung dient normalerweise dazu, die unvermeidlichen Klassengegensätze in kontrollierbaren Grenzen zu halten. Die Tendenz der spätkapitalistischen Gesellschaft zum Totalitarismus bedeutet eine wachsende psychologische und ideologische Kontrolle. Hierzu dienen besonders die außerordentlichen Möglichkeiten der **Massenmedien**, die die vorherrschenden Ideologien mit einer Intensität und Überzeugungskraft verbreiten, wie einst die Religion in ihrer Blütezeit. Darüberhinaus eleminieren die Massenmedien und die Massenschulen das einzige Privileg der gesellschaftlichen Randgruppen: ihre **kulturelle** und **subkulturelle Autonomie**.

Die reine bürgerliche Ideologie, im Sinne des Liberalismus mit seinen Werten des auf Ungleichheit begründeten Individualismus, existiert praktisch nicht mehr. Die vorherrschenden Ideologien im heutigen Italien sind im Bereich der Information und allgemein in dem der Kultur in der Tat lediglich verschiedene Variationen der **einen** Ideologie von der technobürokratischen Evolution. Diese finden wir in Nuancen variiert vom gemäßigten bis hin zum versteckten Reformismus mit all seinen Zwitterwerten des **bürokratischen Paternalismus** bis hin zu einem geschlossenen marxistischen Reformismus mit seinen Werten eines hierarchischen und **verdienstbeherrschten Kollektivismus**. Dieser letztere steht fest und geschlossen in der kulturellen Gegenwart und ist auch im intellektuellen sowie im künstlerischen Bereich noch im Wachsen begriffen dank seiner Anpassungsfähigkeit an die historische Entwicklung, aber auch aufgrund seines großen intellektuellen Ansehens und der dreißigjährigen, geduldigen und geschickten Arbeit der **PCI**, die eine kulturelle Präsenz hervorgebracht hat, die unter den italienischen fortschrittlichen Intellektuellen nahezu ohne Widerspruch blieb.

Gegenwärtig existiert praktisch auf keiner Ebene eine liber-

täre kulturelle Präsenz, weder unter den Intellektuellen noch unter den Massen noch unter den rebellischen Minoritäten. Aufgrund dieses Mangels wurden die grundlegenden antiautoritären Konzepte in marxistische (und damit paradoxerweise in autoritäre) Begriffe übertragen und neutralisierten auf diese Weise ihre ursprünglich libertären Inhalte und revolutionären Zielsetzungen. (Dieser Vorgang war vor allem im Bereich der Pädagogik, Urbanistik, Soziologie, Psychologie usw. zu beobachten.) Deshalb ist die Wiederbegründung einer libertären Kultur in allen Bereichen notwendig und zwar durch eine quantitative und qualitative Stärkung der anarchistischen Presse und Verlage sowie durch eine Verbreiterung der kulturellen Initiativen, aber vor allem durch eine Bereicherung und Aktualisierung der großen Themen der anarchistischen Theorie, die identisch sind mit den großen Aufgaben der Befreiung der Menschheit.

Der Anarchismus mit seiner großen Geschlossenheit, seiner kritischen Klarheit und der Ablehnung jeder Form von Herrschaft sollte ein Bezugspunkt werden für alles, was sich in der Gesellschaft im genuin antiautoritären Sinne entfaltet und sich außerhalb der oder gegen die dominierenden „Akademien" der Humanwissenschaft entwickelt. Der Anarchismus mit seiner leidenschaftlichen Verteidigung der individuellen und kollektiven freien Kreativität sollte der Bezugspunkt für Schriftsteller, Schauspieler, Sänger und Maler und alle anderen Künstler sein, die es ablehnen, Hofgaukler des Systems zu sein und die sich auch nicht in die Dienste des alten oder neuen **Shdanowismus** (Stalinisierung des Kulturbetriebs) stellen wollen. Vor allem muß der Anarchismus ein Bezugspunkt und ein kulturelles Ferment für die ausgebeuteten Massen werden, denn eine eigenständige Alternative zur Kultur der herrschenden Klasse ist untrennbar mit dem Entstehen einer starken libertären Bewegung verknüpft, d.h. mit dem Erstarken und der Ausweitung der bewußt antiautoritären sozialen Kämpfe.

27. Gewalt und bewaffneter Kampf

Sieht man einmal von den kleinen Gruppen derer ab, die an die absolute Gewaltfreiheit oder an den Terrorismus glaubten, hatten und haben die Anarchisten stets eine ausgewogene Einstellung zur Frage der Gewalt. Die Gewalt wird weder uneingeschränkt akzeptiert noch uneingeschränkt abgelehnt, sondern unter bestimmten Bedingungen und äußeren Umständen gerechtfertigt.

Die blinde Gewalttätigkeit des Terrorismus wurde jedoch stets zurückgewiesen. Gerechtfertigt oder zumindest moralisch geduldet wurde dagegen die Gewaltanwendung als Mittel der Verteidigung und der Gerechtigkeit, während gleichzeitig durchaus unterschiedliche

Ansichten über die Nützlichkeit oder Opportunität eines bestimmten Gewaltaktes bestehen konnten. Dies deshalb, weil der Rückgriff auf Gewalt politische und psychologische Konsequenzen nach sich ziehen kann, die häufig das genaue Gegenteil der ursprünglich damit verbundenen Absicht bewirken. Die Wirkung selbst ist von der gewählten Zeit, dem Ort und den äußeren Umständen abhängig. Die **Gewalt gegen Dinge** (Sprengstoffanschläge, Verwüstungen von Ämtern, Sabotage in Fabriken usw.) wird von den Anarchisten nach den Kriterien der Opportunität, d.h. nach den Kriterien der Effektivität beurteilt.

Grundsätzlich wichtig bei der Beurteilung der moralischen Rechtfertigung von Gewaltanwendung ist die logische Verknüpfung und das sichtbare quantitative Verhältnis zwischen der gewaltsamen Aktion und ihrer Motivation, d.h. das Ausmaß, in dem diese Aktion, wenn nicht von der öffentlichen Meinung insgesamt, so doch vom proletarischen „Publikum" verstanden wird. Der eigenständige bewaffnete Kampf außerhalb vorrevolutionärer Situationen - wie wir ihn als Aktionen der Stadtguerilla in den letzten Jahren in Italien (Rote Brigaden, Bewaffnete Zellen des Proletariats), in Frankreich (GARI) und in Deutschland (RAF und 2. Juni) erlebt haben - können nur in exemplarischer Form einen Wert als **Propaganda der Tat** haben. Diese besondere Art der revolutionären Propaganda sollte danach beurteilt werden, inwieweit sie zur Revolte stimuliert und auch wie sinnvoll, d.h. wie **ökonomisch** und **effektiv** sie ist. Dies bedeutet: Ist die Aktion geeignet, die Rebellion anzufachen, führt sie zu einer Beschleunigung oder Steigerung des Bewußtwerdens in den Massen der Ausgebeuteten und in welchem Verhältnis stehen vor allem ihre **Kosten** zum **Ergebnis**? Wir glauben, daß heute in Italien und in allen anderen formaldemokratischen Industriegesellschaften diese Bilanz notwendigerweise defizitär, allenfalls passiv ausfällt. Daher beurteilen wir diese Aktionen, wie wir sie in jüngster Zeit in diesen Ländern erleben konnten, als negativ. Allgemein formuliert lehnen wir Gewaltanwendung ab, wenn sie nicht von der kollektiven Zustimmung der Ausgebeuteten oder wenigstens von bedeutenden Minderheiten revolutionärer Arbeiter getragen wird. Das heißt aber nicht, daß zu anderen Zeiten, an anderen Orten und unter anderen Bedingungen unser Urteil nicht positiv ausfallen könnte.

28. Der internationale Aspekt

Die anarchistischen Aktivitäten können und müssen einen internationalen Charakter besitzen. Dies nicht nur wegen der grundsätzlich internationalistischen Position des Anarchismus, sondern vor allem weil die libertäre Revolution, wenn sie nicht Gefahr laufen

will, im engen nationalen Raum zu ersticken, den internationalen Aspekt der Ausbeutung und Unterdrückung berücksichtigen muß. Dies trifft besonders auf Länder mit einer schwachen Nationalwirtschaft wie Italien zu. Darüberhinaus stimmen die sozialen Konflikte und die politische Situation in vielen Ländern Europas bemerkenswert überein und weisen entsprechende Verbindungen miteinander auf. So haben beispielsweise die anderen romanischen Länder Europas wie Spanien, Portugal und Frankreich gewisse Ähnlichkeiten mit Italien und zwar sowohl hinsichtlich des Niveaus der sozialen und ökonomischen Entwicklung als auch aufgrund ihrer historischen Tradition, die eine höhere Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse aufweist und auch aufgrund der jungen Keime der Rebellion gegen die Hierarchie des Spätkapitalismus.

Von besonderer Bedeutung für das anarchistische Programm ist Spanien, wo die anarchistische Bewegung ihre proletarische Basis bewahren konnte - trotz der vierzig Jahre des Faschismus - wie es im gegenwärtigen Wiedererstarken der CNT deutlich wird. (Seit der Krise der CNT, die Mitte der 70er Jahre durch einen Konflikt zwischen den traditionalistischen Vertretern der Exil-CNT und einigen jüngeren Mitgliedern ausgelöst wurde, die eine Neuorientierung forderten, eine Krise, die 1980 zur Spaltung führte, vor allem aber seit Amtsantritt der sozialdemokratischen Regierung Gonzalez, der Hoffnungen auf soziale Reformen unter den Arbeitern weckte, ist dieser Trend eher wieder rückläufig; d. Hg.) Die Übergangsperiode nach Franco mit all ihren ökonomischen und politischen Schwierigkeiten kann den libertären Kräften günstige Gelegenheiten und genügend Raum bieten - besonders angesichts des lärmenden reformistischen Kurses der stets kompromißbereiten Kommunistischen Partei Spaniens.

29. Gegen die Geschichte - eine Schlußbetrachtung

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die anarchistischen Aktivitäten in Italien, ohne sich in Illusionen oder Pessimismus zu verlieren, von der unmittelbaren Realität und ihren Widersprüchen ausgehen und sich **gegen** die natürliche Evolution des Systems wenden muß, das zunehmend totalitärer und hierarchischer wird. Gleichzeitig muß die anarchistische Aktivität all die Tendenzen in der Gesellschaft unterstützen, die mehr Gleichheit und Freiheit anstreben: in den Fabriken, Schulen, Arbeitervierteln, auf dem Land. Auf allen Gebieten des sozialen Konfliktes müssen die existierenden Kämpfe forciert und neue eingeleitet werden. Für die nahe Zukunft heißt dies, den Geist der Rebellion, der in den letzten Jahren vor allem unter der Jugend erwacht ist, am Leben zu erhalten. Dabei kommt es darauf an, stets seine ursprüngliche

und charakteristische antiautoritäre Natur aufzuzeigen und zu unterstreichen.

Wir müssen die auf Gleichheit und Freiheit ausgerichteten Tendenzen in zusammenhängenden Programmen und Strukturen organisieren bzw. ihre autonomen Organisationsansätze unterstützen, und wir müssen verhindern, daß diese von der institutionalisierten Opposition integriert und ausgenutzt werden. Schließlich müssen wir ein Höchstmaß an egalitärem und libertärem Bewußtsein in den anarchistischen Projekten und Strukturen anstreben.

Unser wichtigstes Ziel ist somit die Destabilisierung der dynamischen Balance der spätkapitalistischen Evolution. Unser Kampf richtet sich gegen die Konsolidierung von sozialen, ökonomischen und politischen Reformen, die den Stempel der Technobürokratie tragen. Nur durch die Bekämpfung der neuen Ideologien der „Verständigung" kann es uns gelingen, unseren Aktionsradius außerhalb der Institutionen zu erweitern und zu verteidigen, die Konfliktsituation am Leben zu erhalten und ein größeres revolutionäres Bewußtsein zu verbreiten, um langfristig die Revolution selbst in Angriff zu nehmen.

DIE ORGANISATION DER GAF

Das Programm, also die föderative Übereinkunft der GAF, beschränkt sich auf das Notwendigste und reflektiert die organisatorische Einfachheit der Vereinigung. Was die GAF von anderen anarchistischen Föderationen unterscheidet, ist das gänzliche Fehlen von fixierten Positionen und Repräsentationsmechanismen: der Zusammenschluß der in der GAF vereinigten Gruppen basiert mehr auf der Übereinstimmung als auf festgelegten Regeln. Die Tatsache, daß **Artikel 14** sogar die Modifizierung des gesamten Programms ermöglicht, beweist die enorme Elastizität, die die GAF ihrer Organisation zumißt.

Von besonderer Bedeutung sind die autonomen Initiativen, die speziell in **Artikel 7** Beachtung finden. Es sind Intitiativen, die in vollständiger Selbständigkeit von Militanten der GAF organisiert werden ohne den Anspruch, offiziell von der GAF beschlossen oder für sie repräsentativ zu sein. Diese Betonung der autonomen Praxis bringt erhebliche Vorteile bei der undogmatischen Entscheidungsfindung und auch bei der Erweiterung des Aktionsradius. Ein Beispiel hierfür ist die **Crocenera Anarchica**, (die italienische Gefangenenhilfsorganisation „Anarchistisches Schwarzes Kreuz"), die sich zwischen 1969 und 1972 der politischen und rechtlichen Verteidigung sowie der Schaffung von Gegenöffentlichkeit widmete. In den kritischen Momenten der Bewegung, d.h. in den Episoden der politischen Provokation und Repression, spielte Crocenera Anarchica eine wichtige Rolle. So organisierte sie z.B. die nationalen Solidaritätskampagnen für **Guiseppe Pinelli** und **Pietro Valpreda**. (Beide wurden unter dem Vorwand verhaftet, die Urheber des Mailänder Bombenanschlags auf die Bank für Agrarwirtschaft an der Piazza Fontana am 12. Dezember 1969 gewesen zu sein, bei dem 14 Menschen ums Leben kamen. Pinelli „fiel" während eines Polizeiverhörs am 15. Dezember aus dem Fenster, und Valpreda konnte erst nach einigen Jahren dank einer massiven nationalen und internationalen Solidaritätskampagne, die zu einer Neuaufnahme des Prozesses führte, befreit werden; d.Hg.) Weitere Beispiele für autonome Projekte sind: die monatlich erscheinende Zeitschrift **Revista Anarchica** (gegründet 1971), die italienische Verlagsgruppe **Interrogations** (1974), das **Comitato Spagna Libertaria** (1974), die neue Verlagsredaktion von **Edizione Antistato** (1975) und das **Centro Documentazione Anarchica** (1976).

Diese Projekte haben sich niemals als offizielle Initiativen der GAF verstanden, aber sie haben - sofern es nützlich und möglich war - versucht, einen Beitrag zur anarchistischen Bewegung in ihrer Gesamtheit beizusteuern. So wurden beispielsweise zahlreiche Konferenzen und offene Versammlungen abgehalten (z.B. die Nationaltreffen der **Revista Anarchica**). Die organisierende oder

besser verbindende Rolle dieser Initiativen muß betont werden, damit man die **einigende** (wörtlich: einheitliche, d.Hg.) Rolle der GAF innerhalb der anarchistischen Bewegung in Italien verstehen kann. Auch die lokale Organisation ist wichtig, und hier haben die GAF eine aktive Rolle gespielt, indem sie die Arbeit der verschiedenen Gruppen in der gleichen Region (aber nicht unbedingt mit den gleichen Ideen) koordinierten und effektiver gestalten halfen.

Eine letzte Bemerkung: Die Organisationen der GAF sind an ihre zahlenmäßigen und geographischen Grenzen gebunden (Norditalien). Eine substantielle Erweiterung einer dieser beiden Faktoren würde neue Probleme hervorbringen, auf die die Vereinigung selbst aber durch ihre elastische Organisationsform vorbereitet ist.

Föderative Übereinkunft der Gruppi Anarchici Federati / GAF

1. Die Vereinigten Anarchistischen Gruppen sind eine Affinitätsvereinigung, d.h. ein Zusammenschluß von Gruppen mit gleichen Ideen hinsichtlich der Einschätzung, der Strategie und der Organisation der anarchistischen Bewegung in Italien.
2. Die anerkannte Grundlage dieser Affinitätsvereinigung sind das Programm und die Organisationsprinzipien, wie sie in der vorliegenden Übereinkunft zum Ausdruck kommen.
3. Zwischen den Gruppen existieren direkte Kontakte, wobei jede Gruppe mit allen anderen durch einen regelmäßigen Austausch von Ideen und, wenn sinnvoll und möglich, durch Hilfeleistungen verbunden ist.
4. Die Korrespondenz mit anderen Föderationen, Initiativen, Gruppen und Genossen in der anarchistischen Bewegung erfolgt über eine gemeinsame Föderationsadresse, die die direkte und aktive Präsenz der einzelnen Gruppen integriert, aber nicht ersetzt.
5. Die Föderation übernimmt nicht die Verantwortung für die Aktivität der einzelnen Gruppe oder Teile dieser Gruppe. Keine Gruppe darf ohne die ausdrückliche Zustimmung der Föderation in ihrem Namen agieren oder offizielle Positionen einnehmen.
6. Aus der Affinität, der Häufigkeit und Gründlichkeit des Gedankenaustausches zwischen den föderierten Gruppen ergibt sich naturgemäß eine allgemeine Einschätzung der Aktivitäten der verschiedenen Gruppen. Diese Übereinstimmung kann ihren Ausdruck in kurz-, mittel- oder langfristigen gemeinsamen Aktionsplänen finden.

7. Andere Gruppen können in den Initiativen, die von einer oder mehreren Gruppen durchgeführt werden, mitarbeiten. Über Art und Ausmaß dieser Zusammenarbeit wird von Zeit zu Zeit entschieden. Die Gruppe oder die Gruppen, die diese Initiativen begonnen haben, sind weiterhin autonom, abgesehen von der Verpflichtung zur vollständigen Einhaltung aller Abmachungen, die sie eventuell mit anderen Gruppen getroffen haben.
8. Die Treffen der GAF, an denen so viele Genossen wie möglich teilnehmen sollten, werden mindestens dreimal jährlich einberufen. Ihre organisatorische Vorbereitung und die Wahl der zur Diskussion anstehenden Themen sind die Aufgaben der verschieden Gruppen der Vereinigung, wobei nach dem Rotationsprinzip verfahren wird. Die Treffen dienen dem Informationsaustausch sowie der Erörterung praktischer und aktueller Probleme und der Diskussion über Grundsatzfragen der Theorie und Strategie auf der Basis der von einer oder mehreren Gruppen eingebrachten Thesenpapiere.
9. Auf Einladung einer Gruppe können anarchistische Genossen oder Gruppen, die nicht den GAF angehören, an den Treffen ganz oder teilweise teilnehmen.
10. Einstimmige Entscheidungen sind für die ganze Vereinigung bindend, während solche Beschlüsse, die nur von einem Teil der Gruppen gefaßt wurden, auch nur für diese Gruppen bindend sind. Die Beschlüsse der Vollversammlungen müssen von den Gruppen selbst vor Ort ratifiziert werden. Wenn nicht innerhalb von 14 Tagen Widerspruch eingelegt wird, gelten sie als bindend.
11. Ein „Verteidigungsausschuß", der sich aus mindestens vier regional repräsentativen Genossen zusammensetzt, wird sich mit der Repressionsbekämpfung befassen. Jeder dieser Genossen ist seiner Gruppe verantwortlich; der Ausschuß legt der Vollversammlung seinen Rechenschaftsbericht geschlossen vor.
12. Die Gruppen führen 10% ihrer Einnahmen an die Kasse der Vereinigung ab. Über die Verwendung dieses Fonds entscheidet die Vollversammlung.
13. Mitglied der Vereinigung kann eine Gruppe werden, wenn sie dem vorliegenden Programm zustimmt und die in ihr schon vereinigten Gruppen den Eintritt einstimmig befürworten. Aber sie kann auch Mitglied werden, wenn sie nicht dem Programm zustimmt, jedoch die in der GAF föderierten Gruppen ihren Eintritt einstimmig befürworten.
14. Das vorliegende Programm kann modifiziert werden, wenn die Vollversammlung dies einstimmig beschließt und die einzelnen Gruppen anschließend alle veränderten Artikel ratifizieren.

NACHWORT

Sieben Jahre nach der Erstveröffentlichung in italienischer Sprache wird jetzt erstmalig die Grundsatzerklärung der **Gruppi Anarchici Federati / GAF** (Vereinigte Anarchistische Gruppen) in deutscher Sprache herausgegeben. Das Programm, nach vielfältigen und langen Diskussionen 1977 verabschiedet, hat viel mit der Realität der italienischen Gesellschaft, deren Einschätzung durch anarchistische Aktivisten und dem Stand der anarchistischen Bewegung dort zu tun. Weitaus weniger allerdings - auf den ersten Blick wenigstens - mit bundesrepublikanischen Verhältnissen und Gegebenheiten. Ein Text aber auch, der in einigen Punkten von der politischen Realität und Entwicklung in Italien überholt wurde: Massenkämpfe in den Fabriken und Stadtvierteln finden kaum noch statt, der revolutionäre Aufbruch der italienischen Linken ist in Stagnation und Resignation erstarrt, die „bewaffnete Partei", die **Brigate Rosse** sind ebenso wie andere linke bewaffnete Gruppierungen weitgehend zerschlagen. Es ist allerdings hier nicht der Platz und die Möglichkeit, sich mit der gesellschaftlichen Situation in Italien auf der Grundlage dieses Programms auseinanderzusetzen.

Warum also dann die Veröffentlichung des Textes? Das Manifest ist besonders für die politische Auseinandersetzung unter den anarchistischen Aktivisten hier in der BRD notwendig und wichtig. Das Programm ist ein Beispiel dafür, wie man gesellschaftliche Realität heute aufarbeiten, analysieren und aufgrund dessen zu einer durchaus handlungsfähigen Strategie im Kampf gegen die staatliche Herrschaft kommen kann. Das **anarchistische Programm**, diskutiert innerhalb der anarchistischen Bewegung Italiens und veröffentlicht durch die GAF, kurz bevor sie sich selbst auflösten, ist ein analytisches Beispiel, das den Anarchistinnen und Anarchisten in der Bundesrepublik bis heute nicht gelungen ist: Sich mit der Realität und der gesellschaftlichen Situation **hier** auseinanderzusetzen. Deshalb - und in vielen Punkten ausschließlich nur deshalb - finde ich die Veröffentlichung des GAF-Programms richtig und sehe darin einen wichtigen Schritt weiterzukommen in dem Versuch, hier und heute die bürgerliche Gesellschaft zu verändern - hin zu einer Gemeinschaft freier Menschen, in der niemand über den anderen herrscht.

Das **anarchistische Programm** ist aber noch etwas anderes: Die analytische Leistung der GAF, sich mit der italienischen Realität auseinanderzusetzen, so wie sie im vorliegenden Programm zum Ausdruck kommt, wird bei genauer Lektüre zu einer äußerst präzisen und beschämenden Bilanz bundesrepublikanischer Versäumnisse der Anarchisten bei der Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität hier.

In der Bundesrepublik gibt es keine geschlossene und einheitlich organisierte anarchistische Oppositionsbewegung. Im Gegenteil. Ein paar mehr oder weniger engagierte Anarchisten gibt es, die sich zur Idee der anarchistischen Gesellschaft bekennen, die die **anarchistische Moral** - um es mit dem russischen Altanarchisten Peter Kropotkin auszudrücken - als ihr Handlungs- und Lebenskonzept akzeptiert haben. Mehr gibt es nicht. Daran ändert auch der organisatorische Zusammenschluß einiger Anarcho-Syndikalisten in der **Freien Arbeiter Union** nichts. Die anarchistische Idee in der BRD hat fossilen Charakter und nährt sich aus der anarchistischen Tradition.

Nach der Niederlage des Faschismus in Deutschland und der Kapitulation der deutschen Wehrmacht vor den Alliierten Streitkräften hat sich die in den zwanziger und dreißiger Jahren existente anarchistische Bewegung nicht wieder rekonstruieren können. Dies hat meines Erachtens mehrere Gründe gehabt: Einmal befand sich die anarchistische Bewegung bereits vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten, ebenso wie die anderen linken politischen Bewegungen, in einer Auflösungsphase. Diese These läßt sich an dieser Stelle nicht weiter untermauern, allerdings drückt sich die Krise des Anarchismus durchaus quantitativ aus: Die Zahl der FAUD-Mitglieder fiel von etwa 100 000 Mitte der zwanziger Jahre unter 20 000 - genauere Zahlen liegen mir leider nicht vor - Anfang der Dreißiger. Zum anderen haben die zwölf Jahre des „Tausendjährigen Reiches" für die Vernichtung eines großen Teils der politischen Aktiven gesorgt.

Wer von den anarchistischen Aktiven die Barbarei, Verfolgung und Vernichtung überlebte, hatte vielfach resigniert und war damit paralysiert. Andere kamen nach den Erfahrungen des Krieges und des Faschismus nicht mehr nach Deutschland zurück. Die wenigen, die sich danach wieder für den Anarchismus aktivierten, waren in den propagandistischen Formen und der Welt der zwanziger und dreißiger Jahre verfangen.

Eine andere Gruppe von Anarchisten hatte in den Jahren des deutschen Faschismus Asyl in Schweden gefunden und dort die „segensreiche Existenz des sozialdemokratischen Sozialstaates" kennen und „lieben" gelernt. Ihnen saß die Zeit des Faschismus derart in den Knochen, so daß sie nicht mehr in der Lage waren, weiter auf der historischen Grundlage ihrer Erfahrungen nachzudenken und zu diskutieren, sondern sich nur noch mit dem status quo nach dem 8. Mai 1945 auseinanderzusetzen. Sie sahen eine Chance darin, den Menschen mehr und mehr Teilfreiheiten auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft zu „erstreiten". Dieser Teil der anarchistischen „Restbewegung" suchte sein Auskommen mit dem bürgerlichen Staat, so wie er sich in der BRD etablierte und arrangierte sich mit ihm - durchaus nicht immer in Opposition zu ihm stehend -, was sich vor allem in der gemeinsamen antikommunistischen Grundhaltung ausdrückte.

Die anderen, die längst nicht den Gemeindesozialismus dadurch verwirklicht sahen, daß sich die BRD auf Gemeindeebene konstituierte und die freie Vereinbarung gesellschaftlicher Gruppierungen dadurch garantiert sahen, daß sich die Bundesrepublik qua Grundgesetz ein föderalistisches Staatswesen nannte, nahmen den Kampf gegen den Staat als die grundlegende politische Institution jeder modernen hierarchischen Gesellschaft auf. Aber auch sie kamen, dies zeigt die historische Erfahrung, nicht aus ihrem Zirkeldasein heraus.

Die prosperierende BRD also ohne jede anarchistische Präsenz? Sicherlich nicht, aber keine der beiden sich zum Teil heftig befehdenden Kleinstgruppen schaffte den Sprung zu einer gesellschaftlich relevanten Bewegung, die in dem Prozeß einer expandierenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine revolutionäre und verändernde Funktion gehabt hätte. Also stimmt doch die alte Behauptung der marxistischen Anarchismus-Kritiker, in einer hochgradig organisierten Industriegesellschaft habe die Idee des Anarchismus, weil sie zu stark auf den Agrarsektor orientiert sei, keinerlei Chance? Nein.

Was hier gefehlt hat, im Rückblick auf die Gründerjahre der BRD, war die Entmythologisierung des Anarchismus von seinen historischen Vordenkern. Der Anarchismus wurde nicht mehr als ein Freiheitsideal und dessen analytisches Instrumentarium als Erklärungsmöglichkeit von gesellschaftlichen Prozessen begriffen, sondern als Dogma einer sich weiterentwickelnden Gesellschaft übergestülpt. Dieser Dogmatismus, dieses ungeschichtliche Herangehen an die Gesellschaft als Ausdrucksform einer Organisation, die eine bestimmte Herrschaft benötigt, hat sich bitter gerächt. Es wurde nicht danach gefragt, wie sich der bürgerliche Staat heute organisiert, welche Veränderungen er unter den Bedingungen einer hochgradig arbeitsteiligen Gesellschaft durchgemacht hat, welche Funktion der Anarchismus und Anarcho-Syndikalismus unter diesen Bedingungen haben und welche Organisations- und Aktionsformen notwendig sind, um die Menschen in Opposition zum Staat, zur Herrschaft und zur Unterdrückung zu bringen. Es wurde, um es kurz auszudrücken, einfach verpaßt, deutlich zu machen, daß Anarchismus nach wie vor den Kampf gegen jede Art von Herrschaft von Menschen über Menschen beinhaltet. Und es wurde ein weiterer, meines Erachtens verhängnisvoller Denkfehler begangen: daß es zwar darauf ankommt, die Menschen zu verändern, daß die Menschen aber in einer Gesellschaftsordnung, die auf Unterdrückung, Verdummung und Ausbeutung basiert, nur schwerlich von der geistigen Besetzung ihrer Hirne und den Ketten ihrer emotionalen Verstrikkung in diesem System befreit werden können. Dies müssen Schritte sein, Kämpfe, die sich auch im Akt der Befreiung von „Fremd"beherrschung und Unterdrückung vollziehen. Was bundesdeutsche Anarchisten der geistigen und emotionalen Okkupation der Menschen durch die Herrschenden entgegensetzten, war der Glaube an das

Gute im Menschen und an die Macht der Worte. Ein Glaube, weiter nichts.

Erst die ökonomische Krisensituation und die damit einhergehende immer stärker werdende Repression, die darauf folgte,brachte in der BRD eine neue Opposition hervor: die „antiautoritäre" Studentenbewegung. Zuerst gegen Auswüchse des Staates protestierend, entwickelten sich große Teile der Bewegung zu einer generellen und grundsätzlichen Opposition gegen den Staat - eine Revolte, die immer mehr die Züge einer generellen Infragestellung der Staatsidee bekam.

War der Staat früher, entstehungsgeschichtlich gesehen, das Instrument der Herrschenden, um ihre Privilegien gegen andere zu verteidigen, so hat sich dessen Funktion im Laufe der Zeit gewandelt. Mehr und mehr übernahm und übernimmt der Staat die Aufgabe, die sozialen gesellschaftlichen Probleme und Konflikte zu lösen bzw. zu entschärfen. Dies heißt allerdings nicht, daß damit die erstere Funktion im Wandel der Zeit aufgegeben wurde - auch heute noch ist der Staat Herrschaftsinstrumentarium. „Regierungen kommen und gehen, ohne daß die Staatsmaschinerie aus dem Rhythmus kommt", formulierten die italienischen Anarchisten in ihrem Programm.

In den Demonstrationen der „68er Bewegung" flatterten dann nach langen Jahren wieder schwarze Fahnen - nicht der Trauer und der Resignation, sondern der Revolte und des Aufruhrs. Der anonymisierten Verwaltung von Macht, der Ausübung und Nutznießung von Privilegien sagte die in ihren Ursprüngen studentische Bewegung den Kampf an. Der Anarchismus, in Deutschland beinahe schon totgeglaubt und von vielen bereits totgesagt, gewann eine neue Attraktivität. In den Städten und Dörfern entstanden anarchistische Gruppen und Zirkel, die Bücher der Altanarchisten wurden neu aufgelegt, und die Themen aus dem anarchistischen Wertesystem erlangten neue Aktualität. Aber die Renaissance der anarchistischen Idee entsprach mehr dem kurzen Aufblühen einer Blume, bevor der Welkprozeß die Blüten und die Blätter vertrocknen läßt. Dies muß heute im Nachhinein festgestellt werden.

Die anarchistische Bewegung in der BRD arbeitete und aktivierte sich - etwas verkürzt dargestellt - an den tagespolitischen Fragen ab, sie propagierte und reagierte, aber sie reflektierte nie. Und während die marxistischen Gruppen die gesellschaftliche Realität in diesem Nachkriegsstaat einer Analyse und dann in vielen Punkten einer Neubestimmung unterzogen, versäumten es die anarchistischen Aktivistinnen und Aktivisten, dies ebenfalls zu leisten.

Die Bundesrepublik Deutschland - Rechtsnachfolgerin der faschistischen Gewaltherrschaft während des Dritten Reiches - wurde nie einer genauen analytischen Betrachtung unterzogen. Die Entwicklung der Produktivkräfte ebensowenig berücksichtigt wie das Entstehen einer neuen anonymen Herrschaftselite der Technobüro-

kratie und die Funktion der Sozialdemokratie als Krisenmanagement im Kapitalismus nirgends in die Überlegungen mit einbezogen.

Wer so mit gesellschaftlichen Realitäten umgeht, indem er sie schlicht und einfach ignoriert und nur gegen Auswirkungen des kapitalistischen Staats- und Herrschaftsapparates agiert, der verpaßt, bei Strafe seines eigenen Unterganges, zu einer gesellschaftlich relevanten Kraft zu werden. Die Frage der menschlichen Emanzipation und die Entstehung der Frauenbewegung, das Aufkommen von Bürgerinitiativen, die Zuspitzung ökologischer Probleme, die Entwicklung eines Atomstaates mit seiner anonymisierten Herrschaftselite, dies waren Themen, die sich für die anarchistische Bewegung in der BRD angeboten haben. Daß in diesen Punkten keine relevanten Positionen bezogen wurden und nicht bezogen werden konnten, lag daran, daß die Anarchisten keine Antworten auf die aktuellen gesellschaftlichen Probleme hatten und haben. Wer keine Fragen an die Realität stellt, der kann keine Antworten oder Ansätze von Antworten finden und letztendlich auch keine geben.

Es hilft wenig zu fordern, wie es einige Anarchisten heute tun, durch die „Politisierung des latent vorhandenen staatsfeindlichen Potentials" zu einer antistaatlichen Koalition zu kommen. Das „staatsfeindliche Potential" reicht von weit rechts bis nach links. Wer die richtige Koalition eingehen will - und dies nur ist wichtig -, muß eine Vorstellung von den Rahmenbedingungen eines solchen Bündnisses haben. Die Schwierigkeit ist aber, daß niemand weiß, wie er die gesellschaftlichen Verhältnisse beurteilen soll und welche historische Situation welche Antwort der politisch Handelnden erfordert.

Die italienischen Genossininnen und Genossen der **Gruppi Anarchici Federati** haben diese Arbeit geleistet und für sich die Grundlage ihres Wirkens geschaffen. Auch wenn sie sich als fester Gruppenzusammenhang aufgelöst haben, agieren die Aktivisten der ehemaligen GAF weiterhin. Sie haben die italienische Klassengesellschaft analysiert, ihr Verständnis von Anarchismus und Anarchie formuliert, zu den nachkapitalistischen Gesellschaften des Staatssozialismus Stellung bezogen, ihr Verhältnis zur Dritten Welt usw. erläutert. Schritte, die die Anarchisten in der Bundesrepublik Deutschland weder getan noch in ihrer Gesamtheit für notwendig und wichtig erachtet haben.

„Wer seine Lage erkannt hat, wie will der noch aufzuhalten sein!" Diese Weisheit auf die Situation der anarchistischen Bewegung in der BRD bezogen müßte lauten: Wir müssen erarbeiten, mit welcher Gesellschaft, mit welcher Stufe der Klassenauseinandersetzung und mit welchen genauen Herrschaftsverhältnissen wir es hier zu tun haben. Dann können wir handeln. Und wer wollte uns dann noch aufhalten?

Hans-Ulrich Dillmann **Köln 1984**

4.8